

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Hafendamm 15 • 24937 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Montag bis Freitag 9.30 - 12.00 Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder

40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT Seite

Reimer Hansen
Wandel und Überwindung des Nationalstaatsprinzips....44

Heinz- Werner Arens
Die Grenzregion zwischen nationaler Identität
und einem Europa ohne Grenzen.....69

Andre von Graffenried
Bekenntnis zu einer Mehrfachidentität.....77

Lars. N. Henningsen
Der SSW 1948 bis 1998 - eine Bildererzählung.....83

Umschau ab Seite 89

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

Lothar Hay (V.i.S.d.P.), Moorbachwinkel 8, 24939 Flensburg Dr.

Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee Dr. Matthias

Schartl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg Redaktionsanschrift:

Hafendamm 15, 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9,
24941 Flensburg Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55

• e-mail: cicero-mc@t-online.de Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

In memoriam Lorenz
Rerup (1928 - 1996), der
am 15.4.1998 70 Jahre
alt geworden wäre

Wandel und Überwindung des Nationalstaatsprinzips

von REIMER HANSEN

Die folgenden Ausführungen geben den durchgesehenen Text des Referats wieder, das ich am 5.2.1998 auf der Tagung „Das Revolutionsjahr 1848 und die Schleswig-Holsteinische Erhebung 1848-1852“ in der Akademie Sankelmark gehalten habe. Sie sind mit den nötigsten Anmerkungen versehen worden, die sich auf Belege der Zitate und einige Literaturhinweise beschränken.

Das Nationalstaatsprinzip ist für das Revolutionsjahr 1848 wie für die Schleswig-Holsteinische Erhebung 1848-1852 von zentraler Bedeutung. Es tritt bereits mit dem Anbruch der Moderne in Erscheinung und hat seine Aktualität bis heute nicht eingebüßt. In den folgenden Ausführungen wird seine Geschichte während der deutschen Revolution 1848/49 im Mittelpunkt stehen, eingeordnet in seine historische Entwicklung von der Französischen Revolution bis in unsere Gegenwart und in seine systematische Differenzierung von der territorialen Gestalt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des Deutschen Bundes bis zu den ethnischen und plebiszitären Neugestaltungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Dabei sollen die einschlägigen Debatten und Entscheidungen über die nationalen Grenzen Deutschlands während der Märzrevolution auf der einen, die geschichtliche Wandlung und Überwindung des Nationalstaatsprinzips am Gegenstand der historischen Region Schleswig vom einstigen Herzogtum bis zum heutigen Landesteil auf der anderen Seite — auch über den engeren

Rahmen des Tagungsthemas hinaus - exemplarisch behandelt werden, da sie hinsichtlich des gestellten Themas besonders ergiebig und aufschlußreich sind. Sie werden sich freilich - auch bei systematischer Trennung - nicht durchweg isoliert behandeln lassen, zumal sie thematisch und realhistorisch vielfältig miteinander verwoben sind.

I.

Begeben wir uns gleich zu Anfang *medias in res*, und beginnen wir mitten in der Diskussion des Nationalstaatsproblems der deutschen Revolution 1848: Als die Verhandlung der *deutschen constituirenden National-Versammlung* in der Paulskirche zu Frankfurt am Main über die Aufnahme eines Teils des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund die grundsätzliche politische Orientierung zu verlieren drohte, wandte sich Robert Blum, prominenter Kopf der Linken des Hauses, vom Rednerpult an die Wortführer der Debatte und fragte sie: ... *nach welchem Principe handeln Sie denn da? Ist es die territoriale Auffassung der Dinge, die Sie bestimmt, wie das z. - B. hinsichtlich Schleswig-Holsteins, der Slaven und Triests gewesen zu sein scheint? Warum sind Sie dann nicht von demselben Principe ausgegangen, wenn es sich darum handelt, ein anderes Volk zu beurteilen, dem eine Anzahl Deutscher einverleibt ist, wie uns eine Anzahl Dänen und Slaven und Italiener, und wie sie heißen mögen? Oder ist es der National-Gesichtspunkt, der Sie leitet? - Nun, dann sein Sie auf der andern Seite so gerecht, und wenn Sie Posen durchschneiden, um die Deutschen zu reclamieren, so schneiden Sie auch Schleswig durch, geben Sie die Slaven los, die zu Oesterreich gehören, und trennen Sie auch Südtirol von Deutschland.*¹

Er unterschied mithin zwei Prinzipien, nach denen sich die Grenzen des künftigen deutschen Bundes oder Reiches bestimmen ließen. Beide waren in den bisherigen Verhandlungen der Nationalversammlung vertreten worden. Nach dem ersten, dem territorialen Prinzip, waren die historischen Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des Deutschen Bundes,

namentlich auch das überwiegend slawisch besiedelte Königreich Böhmen, die gemischtsprachige gefürstete Grafschaft Tirol oder das Gubernium Triest im österreichischen Königreich Illyrien mit überwiegend italienischer Bevölkerung, einer größeren slowenischen und diversen kleineren ethnischen Minderheiten, als deutsches Staatsgebiet behandelt worden. Das aus der letzten Teilung Polens auf dem Wiener Kongreß hervorgegangene und als Provinz in das Königreich Preußen inkorporierte Großherzogtum Posen wollte er in dieser Hinsicht nicht als ein deutsches Territorium, sondern als Teilgebiet eines *anderen* - nämlich des polnischen - *Volkes* mit deutscher Minderheit verstanden wissen. Nach dem zweiten, dem nationalen Prinzip, sollten die Grenzen des künftigen, staatlich organisierten Deutschland durch den gesamten Siedlungsraum der deutschsprachigen Bevölkerung in Mitteleuropa markiert werden. Dabei war Robert Blum sich darüber im klaren, daß das territoriale Prinzip in allen nichtdeutsch- oder gemischtsprachigen Einzelstaaten des Deutschen Bundes mit den Forderungen der jeweils konkurrierenden Nationalbewegung in Konflikt geraten müsse und daß das nationale Prinzip Krieg mit fast allen Nachbarn Deutschlands heraufbeschwören würde.

Bereits im Vorparlament hatte er nachdrücklich davor gewarnt, den idealen ethnischen Nationalstaat anzustreben, die von deutschsprachiger Bevölkerung außerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes bewohnten Gebiete zu reklamieren und die gesamte mitteleuropäische Bevölkerung deutscher Nationalität aufzufordern, an der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung teilzunehmen. *Wollen Sie*, hatte er dort mit dem Blick auf das Baltikum ausgeführt, *eine solche Aufforderung an die russischen Provinzen richten, so müssen Sie konsequenterweise dieselbe Aufforderung an das Elsaß und konsequenterweise auch an die sehr zahlreichen Deutschen in Italien und dieselbe Aufforderung an die sehr zahlreichen Deutschen in Belgien richten und mit anderen Worten der ganzen Welt den Krieg erklären.* Posen gehöre jetzt einem deutschen Staat an. und die Zukunft werde entscheiden, ob es bei ihm bleibe. *Um uns aber, schloß er seinen Gedankengang, mit anderen Nationen in Krieg und Zwiespalt zu verwickeln, sind wir nicht da,*

namentlich nicht in dem Augenblick, wo wir erst unser eigenes Fundament machen wollen². Damit war die grundlegende Um- und Neugestaltung Deutschlands in einen an den Forderungen der Märzrevolution orientierten modernen freiheitlichen National- und Verfassungsstaat gemeint.

Jetzt - in der Posen-Debatte der Paulskirche - griff er ihn wieder auf und trug ihn - an die Fürsprecher einer Politik des strikten nationalen Prinzips adressiert und gewürzt mit dem Mittel des Spottes - abermals vor: ... *wenn Sie ein so lebhaftes Nationalgefühl haben, und durch dasselbe allein sich leiten lassen wollen, so befreien Sie die deutschen Ostseeprovinzen von der Herrschaft Rußlands, und befreien Sie die 600.000 unglückseligen Deutschen im Elsaß, die sogar unter der Herrschaft einer Republik schmachten.* Der stenographische Bericht verzeichnet an dieser Stelle: *Anhaltender Beifall*³. Es ist durchaus denkbar, daß er aus pro und contra gemischt war und nicht nur Blum, sondern auch dem von ihm polemisch überspitzten ethnischen Nationalstaatsprinzip gegolten haben mag. Wie dem auch sei: unmittelbar nach ihm nahm Wilhelm Jordan das Wort, der bis dahin sein politischer Weggefährte und Fraktionsgenosse gewesen war und nunmehr, weit nach rechts gerückt, unter *andauerndem stürmischen Beifall* des Hauses die machtpolitische Dynamisierung des nationalen Prinzips vertrat und sich dabei unumwunden auf das *Recht des Stärkeren, das Recht der Eroberung*⁴ im Dienste eines gesunden Volksegoismus⁵ berief. Das *Recht der Geschichte*, stellte er apodiktisch fest, *kennt nur Naturgesetze, und eins derselben sagt, daß ein Volksthum durch seine bloße Existenz noch kein Recht hat auf politische Selbstständigkeit, sondern erst durch die Kraft, sich als Staat unter andern zu behaupten*⁶.

Auch wenn Robert Blum vollauf bewußt war, wie rasch beide Prinzipien in der praktischen Politik ad absurdum geführt werden konnten, beharrte er hinsichtlich der Grenzziehung auf einer konsequenten Orientierung und forderte eine eindeutige grundsätzliche Entscheidung: *Entweder das Eine, oder das Andere ist richtig, denn sich die Politik zurechtmachen in der Art und Weise, wie sie Einem eben für den Augenblick paßt, das ist nach meiner Ansicht*

gar keine Politik. Er selbst sprach sich für eine gründliche empirische Ermittlung der ethnischen Verhältnisse aus und deutete die Möglichkeit einer künftigen einvernehmlichen Grenzrevision zwischen Polen und Deutschland an: *Ich will aber auch hier mild sein, und sagen: es ist möglich, daß nach einer 80jährigen Unterdrückung für die Polen auch die Nothwendigkeit eingetreten ist, einen Theil ihres Bodens abzugeben; es ist möglich, daß es eine Nothwendigkeit ist, eine Linie zu ziehen; es ist möglich, daß die Freiheit wie die Gerechtigkeit Dieses gebieten können*¹.

Dabei waren die politischen Umstände, unter denen die Paulskirche über den Geltungsbereich der von ihr zu gestaltenden staatlichen Verfassung Deutschlands zu befinden hatte, noch erheblich komplizierter, als Robert Blum sie Umrissen hatte.⁸ Die aus der territorialen Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongreß hervorgegangene preußische Provinz Großherzogtum Posen war zwar mitsamt den wiederhergestellten Provinzen Ost- und Westpreußen außerhalb des Deutschen Bundes geblieben, hatte aber bereits infolge der revolutionären Märzereignisse vor dem Zusammentritt der Paulskirche entscheidende Veränderungen erfahren. Die von der preußischen Staatsregierung angestrebte Aufnahme aller drei Provinzen in den Deutschen Bund war nur teilweise geglückt. Die Ständeversammlungen Ost- und Westpreußens hatten zugestimmt, die des Großherzogtums Posen nicht. Nachdem das Vorparlament beschlossen hatte, die Bevölkerung der Territorien Schleswig, Ost- und Westpreußen an den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung teilnehmen zu lassen, waren die beiden preußischen Provinzen am 11.4.1848 auf Antrag des Königs von Preußen von der Bundesversammlung des „epurierten“⁹ Bundestages in den Deutschen Bund aufgenommen worden.

Hinsichtlich Posens hatte König Friedrich Wilhelm IV. kurz nach Ausbruch der Revolution zunächst den Forderungen der polnischen Nationalbewegung nachgegeben und am 24.3.1848 eine vage nationale Reorganisation des Großherzogtums zugesichert, danach jedoch - nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Proteste und Petitionen der deutschsprachigen Bevölkerung - seine Inkorporation in den Deutschen Bund betrieben. Als dies am 6.4.1848 von

den Posener Provinzialständen mit 26:17 Stimmen abgelehnt worden war, hatte er die Aufnahme eines Teils der Provinz in den Deutschen Bund beantragt. Die Bundesversammlung war ihm hierin in zwei deutlich voneinander getrennten Schritten gefolgt und hatte zunächst am 22.4.1848 den überwiegend deutschsprachigen sogenannten „Westgürtel“ an der Grenze nach Schlesien, Brandenburg und Westpreußen und schließlich am 2.5.1848 das hauptsächlich von polnischer Bevölkerung bewohnte Gebiet um Stadt und Festung Posen in den Deutschen Bund aufgenommen. Damit war das Großherzogtum Posen einseitig und ohne Konsens der Provinzialstände geteilt worden: in ein gemischtsprachiges, weitgehend arrondiertes Westterritorium, das dem Deutschen Bund angehören sollte, und ein für die nationale Reorganisation Polens übriggebliebenes größtenteils polnisch besiedeltes schmales Ostterritorium, das durch die endgültige Demarkationslinie vom 5.12.1848 noch einmal deutlich reduziert werden sollte. Beide Teilgebiete hatten überdies einen erheblichen Anteil jüdischer Bevölkerung.

Die drei Inkorporationen preußischen Staatsgebietes durch den „epurierten“ Bundestag waren nicht einheitlich begründet worden. Die Aufnahme Ost- und Westpreußens folgte dem territorialen, die des „Westgürtels“ der Provinz Posen dem ethnischen Prinzip und die des Gebietes um Stadt und Festung Posen dem Prinzip der militärischen Sicherheit. Die Festung und ihr territoriales Glacis wurden für den militärischen Schutz der Ostgrenze des künftigen deutschen Nationalstaates als unerlässlich angesehen. Mit der Aufnahme des Westterritoriums in den Deutschen Bund war die Wahl von 12 Abgeordneten zur *deutschen constituirenden National-Versammlung* verbunden. Noch komplizierter stellten sich die ebenfalls von Robert Blum angesprochenen politischen Verhältnisse des gemichtsprachigen Herzogtums Schleswig dar.¹⁰ Anders als das Westterritorium Posens. Ost- und Westpreußen war es - entgegen der Forderung des Vorparlaments - nicht in den Deutschen Bund aufgenommen worden. Gleichwohl hatte der Bundestag in Übereinstimmung mit dem Vorparlament beschlossen, auch dort

Wahlen zur Nationalversammlung durchführen zu lassen.

Das Herzogtum Schleswig hat weder zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation noch zum Deutschen Bund gehört, war aber seit dem Ausgang des Mittelalters unter gemeinsamer Landesherrschaft in eine institutionelle Realunion mit dem Reichsterritorium Holstein und zusammen mit diesem in eine politische Union mit dem Königreich Dänemark hineingewachsen. Es war ursprünglich ein Lehen der dänischen Krone gewesen, hatte 1658 zunächst im herzoglich-gottorfischen, daraufhin auch im königlich-dänischen Anteil den Status der Souveränität erhalten und unterstand seit dem Ende des Nordischen Krieges 1720 der alleinigen Landesherrschaft des Königs von Dänemark. Schleswig und Holstein waren 1460 eine Personalunion mit dem Königreich Dänemark eingegangen, die in der Folgezeit durch eine politische Union untermauert wurde und bis ins 19. Jahrhundert hinein das stabile Fundament ihrer engen Verbindung im Rahmen des übernationalen dänischen Gesamtstaats vom Nordkap bis zur Elbe bildete.

Erst die allgemeineuropäische Forderung nach verfassungs- und nationalstaatlicher Ordnung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat dann die vehementen politischen Gegensätze hervorgebracht, die das Herzogtum Schleswig zum Zankapfel zwischen deutscher und dänischer Nationalbewegung werden ließ. Das territoriale Prinzip forderte das gesamte Herzogtum: dänischerseits bis zur Eider, deutscherseits bis zur Schottburger oder Königsau. Das ethnische Prinzip gebot eine Teilung des im Norden dänisch- und im Süden deutschsprachigen Herzogtums nach Nationalitäten. Sie ist auch verschiedentlich, namentlich zu Beginn der Märzrevolution auf beiden Seiten und während der um Schleswig geführten Kriege 1848-1850 und 1863/64 im Konzert der europäischen Großmächte erwogen worden, besaß aber keine reale Chance auf Erfolg, da in der dänischen wie in der deutschen Nationalbewegung das territoriale Prinzip bestimmend blieb.

Die Wahl der 12 Posener Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung ließ sich mit der Inkorporation des Westterritoriiums in den Deutschen Bund begründen, die der fünf Schleswiger entbehrte solcher Grundlage. Sie konnte sich jedoch auf das Votum

der Vereinigten Ständeversammlung beider Herzogtümer stützen, die auf ihrer ersten Sitzung am 3.4.1848 mit 74 gegen 2 Stimmen für die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund votiert hatte, vor allem aber auf die einschlägigen Beschlüsse des Vorparlaments und der Bundesversammlung. Sie erfolgte aufgrund des am 18.4.1848 von der Provisorischen Regierung erlassenen Wahlgesetzes für Schleswig-Holstein und fand in Schleswig wegen der offenen ausgebrochenen Kampfhandlungen etwas später als in Holstein statt. Die endgültige Legitimation erhielten die Schleswiger Abgeordneten auf Beschluß der Nationalversammlung, die sich - wie vor ihr auch schon das Vorparlament, der Fünfziger-Ausschuß, die Bundesversammlung und der Siebzehner-Ausschuß - die historisch-politische Argumentation der territorialen und konstitutionellen Untrennbarkeit beider Herzogtümer und der Zugehörigkeit Schleswigs zur deutschen Nation zu eigen gemacht hatte, wie sie von der schleswig-holsteinischen Nationalbewegung allenthalben propagiert wurde und mit Hilfe der eingängigen populären Kampfpapare *up ewig ungedeelt* weithin Gehör und nationales Einverständnis gefunden hatte.

Rudolf Stadelmann schreibt in seiner nach wie vor sehr lesenswerten historischen Säkularbetrachtung „Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848“, mit der Aufnahme der Schleswiger Abgeordneten habe die Nationalversammlung „ein staatsrechtlich zu einem fremden Staat gehöriges Gebiet revolutionär“ annektiert.“ Das ist eine übertriebene und daher unzutreffende Interpretation, denn die staatsrechtliche Zugehörigkeit Schleswigs ist - wie schon von der Bundesversammlung - bei aller Bereitschaft zur nationalstaatlichen Integration des Herzogtums angesichts der drohenden internationalen Komplikationen bis in die endgültige Formulierung der am 28. 3. 1849 verabschiedeten *Verfassung des deutschen Reiches* von der Nationalversammlung offengelassen worden. § 1 der Verfassung bestimmt: *Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt Vorbehalten*¹². Die Nationalversammlung war mithin nicht über die Bundesversammlung hinausgelangt.

Das Vorparlament hatte übrigens auch von einer nur teil weisen Aufnahme des Großherzogtums Posen Abstand genommen und statt dessen fast einmütig dem Antrag Gustav Struves zugestimmt, die Teilung Polens als schreiendes Unrecht zu verwerfen, und es als heilige Pflicht des deutschen Volkes zu erklären, Polen wiederherzustellen.¹³ Die Nationalversammlung folgte dagegen mit der überwältigenden Mehrheit von 342 gegen 31 Stimmen bei 31 Enthaltungen dem Antrag des völkerrechtlichen Ausschusses auf Aufnahme des Westterritoriums und endgültige Zulassung der dort gewählten 12 Abgeordneten. Als der Abgeordnete der äußersten Linken Wilhelm Schaffrath daraufhin versuchte, noch einmal den Geist des Vorparlaments zu beschwören und der Nationalversammlung die Frage zur Abstimmung stellte, ob sie *die Theilungen Polens für ein schmachvolles Unrecht* erkläre und die *heilige Pflicht des deutschen Volks* anerkenne, an der *Wiederherstellung eines selbständigen Polens mitzuwirken*, schlug ihm eine Ablehnung von 332 Nein-Stimmen bei 98 Zustimmungen und 26 Enthaltungen entgegen.¹⁴

II.

Diese wenigen Einblicke in die Aktualität des Nationalstaatsprinzips während der einschlägigen Verhandlungen und Entscheidungen der Paulskirche, des Vorparlaments, des „epurierten“ Bundestages und der betroffenen Ständeversammlungen im ersten Vierteljahr der deutschen Revolution 1848 mögen hier genügen, um seine historische Bedeutung, aber auch seine politische Problematik bewußt zu machen, seine abstrakte Begrifflichkeit mit konkreter historischer Anschauung zu versehen, zu differenzieren und terminologisch zu schärfen. Robert Blum hatte das territoriale vom nationalen Prinzip unterschieden, tatsächlich aber zwei grundlegende Varianten der normativen Definition des deutschen Nationalstaats beschrieben. Die *territoriale Auffassung der Dinge* konnte zwar auch andere Nationalitäten als die deutsche umspannen, blieb jedoch auf die historischen Territorien Deutschlands, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des Deutschen Bundes beschränkt, der *National-Gesichtspunkt* dagegen meinte die durch

das objektive Kriterium der deutschen Sprache empirisch erfaß-, bestimm- und abgrenzbare Bevölkerung Mitteleuropas.

Die Posen-Debatte der *deutschen constituirenden National-Versammlung* läßt darüber hinaus noch eine weitere Variante des Nationalstaatsprinzips erkennen, die 1848 bereits erörtert und verschiedentlich gefordert wurde, aber noch keine praktische Berücksichtigung bei der Bestimmung der staatlichen Außengrenzen Deutschlands fand. Der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses stellt fest, daß die deutsche Bevölkerung des Großherzogtums Posen *nicht in bestimmten Strichen ausschließlich, sondern auch außer den Städten in der gesamten Provinz zerstreut und mit den Polen vermischt* wohne. Deshalb sei es *unmöglich, eine bestimmte fortlaufende Grenze zwischen beiden Nationalitäten zu ziehen*. Damit erweise sich aber auch der hin und wieder gehörte Vorschlag als *hinfällig, die einzelnen Ortschaften abstimmen zu lassen, und sie der Mehrzahl nach dem einen oder dem andern Theile zuzuschlagen*. Eine völlige Trennung der Nationalitäten lasse sich nicht durchführen. Der Ausschlußbericht beharrt gleichwohl auf Scheidung der deutschen und polnischen Bevölkerung nach dem Nationalstaatsprinzip und gelangt aufgrund des ethnischen Befundes zu dem abschließenden Urteil: *Immer wird die eine oder die andere Nation mehr oder weniger verletzt werden müssen. Es wird daher nur noch das überwiegende Vorherrschen der einen oder der andern Nationalität zu berücksichtigen sein,*

*um, da es nicht ganz, zu vermeiden ist, doch so wenig als möglich zu verletzen*¹⁵. Auch wenn die ortschaftsweise Abstimmung hier offenbar als angemessenes Mittel einer ethnischen Trennung der Bevölkerung nach deutscher und polnischer Nationalität verstanden wird, entsprach sie keineswegs dem ethnischen Prinzip, da sie sich nicht an der demoskopischen Erhebung nach dem objektiven Kriterium der Sprache, sondern an der demokratischen Ermittlung des subjektiven Willens der Bevölkerung, an der plebiszitären nationalen Selbstbestimmung, orientiert. Beide Prinzipien konnten, mußten aber nicht zum gleichen Ergebnis führen. Denn Umgangssprache und nationale Gesinnung oder - in der geläufigen metaphorischen Diktion - Muttersprache und Vaterland brauchen

durchaus nicht immer ein und dieselbe Nation zu indizieren. Oder, um es in der klassischen Terminologie Friedrich Meineckes zu formulieren: Kultur- und Staatsnation können bisweilen, statt im Nationalstaat zur Übereinstimmung zu finden, augenfällig auseinandertreten.¹⁶ So wird in den einschlägigen Debatten der Paulskirche verschiedentlich

festgestellt, daß die deutschsprachige Bevölkerung Elsaß-Lothringens nicht mehr zu Deutschland gehöre oder gehören wolle. Und der völkerrechtliche Ausschuß hielt es in seinem Bericht zur Debatte über Südtirol sogar für bemerkenswert, daß *die beiden Hauptbollwerke Deutschlands, Holland und die deutsche Schweiz*, sich noch nicht bereit erklärt hätten, *freiwillig dem großen deutschen Bunde beitreten zu wollen*¹⁷.

In der Posen-Debatte schließlich verweist der Abgeordnete Samuel Kerst aus dem Posener Wahlkreis Birnbaum und Meseritz auf einen signifikanten Unterschied zwischen den ethnischen Proportionen, der Abstimmung der Provinzialstände und dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung im Westterritorium des Großherzogtums. Ausschlaggebend sei der durch die Wahlen ermittelte Volkswille. Da die Provinzialstände nicht das Volk, sondern die Rittergutsbesitzer repräsentierten, das Volk aber die 12 Abgeordneten, elf deutscher und einen polnischer Nationalität, gewählt habe, sei die Entscheidung über die nationale Zugehörigkeit des Westterritoriums gefallen: *wir, seine Abgeordneten*, führte er aus, *sind hier Vertreter dieses Volkes und berechtigt, so zu sprechen, wie irgend ein Mitglied der Versammlung für sein Land; wir allein sind die Organe, die den Volkswillen ausdrücken, und wir haben wiederholt erklärt, wir wollen Deutsche sein, Deutsche bleiben*. Die Posener Abgeordneten seien in die Nationalversammlung gewählt worden, *um hier den Anschluß an Deutschland zu erlangen*^{*}. Gewiß, dies alles war noch kein eindeutiges Votum für die Anwendung des plebiszitären Prinzips, aber die referierten Beispiele laufen im Kern ihrer grundsätzlichen Argumentation nicht mehr auf eine ethnische, sondern auf eine demokratische Ermittlung der Nationalität hinaus. Auch wenn sie erst Elemente, Aspekte und Ansätze dieses neuen Prinzips zu erkennen geben, ist sein plebiszitärer Grundzug

der subjektiven und voluntativen nationalen Selbstbestimmung bereits unverkennbar. Maßgeblich bei der Bestimmung des Geltungsbereichs der Paulskirchen-Verfassung war schließlich das territoriale Nationalstaatsprinzip. Selbst die Einbeziehung des Posener Westterritoriums konnte so begründet werden, da die eigentliche Inkorporation in zwei Schritten nach abweichenden Prinzipien bereits von der Bundesversammlung vorgenommen worden war, die Nationalversammlung also auch hier lediglich das *Gebiet des bisherigen Deutschen Bundes* zu bestätigen brauchte. Gleichwohl galt diese Deutung des Paulskirchen-Deutschlands als eines territorialen Nationalstaats in den Grenzen des Deutschen Bundes nur im engeren staatsrechtlichen, nicht im umfassenden politischen Verständnis der Verfassung. Politisch war das Nationalstaatsproblem, vor dem die Paulskirche stand, von Anbeginn über den Widerstreit zwischen ethnischem und territorialem Prinzip hinaus auch vom deutschen Dualismus bestimmt. Sollte der angestrebte Nationalstaat groß- oder kleindeutsch zugeschnitten sein? Wie ließ er sich mit dem übernationalen Vielvölkerstaat der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie vereinbaren? Nach Schwarzenbergs oktroyierter Verfassung vom 4.3.1849 und der Entscheidung der Paulskirche für das Erbkaisertum am 23.3.1849 war eine großdeutsche Lösung des Nationalstaatsproblems und damit zugleich auch der territoriale Nationalstaat nach § 1 der *Verfassung des deutschen Reiches* vom 28.3.1849 politisch unmöglich geworden.

Die Entscheidung für den territorialen Nationalstaat war mit der Aufnahme zahlreicher nationaler Minderheiten, in der Nomenklatur der Verfassung (§ 188): den *nicht deutschredenden Volksstämmen Deutschlands*¹⁹, verbunden. Sie werden also ausdrücklich nicht mehr wie im Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses zur Posen-Debatte als *Nationalitäten* oder *Nationen* bezeichnet, erhalten auch nicht - wie es die katholischen Geistlichen Friedrich Thinnies und Ignaz Döllinger für die polnische Bevölkerung des gesamten Großherzogtums Posen angeregt hatten - gewisse Rechte nationaler Autonomie.²⁰ Durch § 188 wird ihnen jedoch *ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem*

*Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege*²¹. Diese Bestimmung war fraglos dazu gedacht, nationale Spannungen zu vermeiden, zumindest zu entschärfen und den *nicht deutschredenden Volksstämmen Deutschlands* gleichberechtigt neben denen deutscher Zunge die kulturelle Eigenart ihres Volkstums zu garantieren. Ansonsten zählen ihre Mitglieder als Angehörige der Einzelstaaten zum deutschen Reichsvolk (§131), sind *Deutsche* und besitzen das *deutsche Reichsbürgerrecht* (§ 132)²². Durch diese Unterscheidung sollten die ethnischen Minoritäten oder *nicht deutschen Volksstämme auf deutschem Bundesboden*²³ - in der klassischen Terminologie Friedrich Meineckes - Teil *ihrer Kulturnation* bleiben können, zugleich aber durch das neue Reichsbürgerrecht zu Angehörigen der *deutschen Staatsnation* in der Gestalt des territorialen Nationalstaats *Deutsches Reich* gemacht werden.

Hierin kam ein Trend zum Vorschein, der sich bereits im preußischen Untertanengesetz von 1842 angekündigt hatte und in der Folgezeit bis zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz des Deutschen Reiches vom 23.7.1913 in allen deutschen Bundesstaaten durchsetzen sollte: die Begründung der jeweiligen Staatsangehörigkeit und ab 1867/71 auch der übergreifenden Bundes- oder Reichsangehörigkeit nach dem *ins sanguinis* durch Abstammung von Landesangehörigen. Sie ging mit einer fortschreitenden Nationalisierung unter dem Postulat der Kongruenz von Staatsangehörigkeit und Nationalität, Staat und Nation einher. Die zunehmende Bindung der Staatsangehörigkeit an das Nationalstaatsprinzip ließ nationale Minderheiten unter wachsenden Germanisierungsdruck geraten und namentlich preußische Staatsangehörige polnischer oder dänischer Nationalität schließlich zu Staats-, Bundes- oder Reichsbürgern zweiter Klasse und in der politischen Agitation sogar zu *inneren* oder *Reichsfeinden* werden.²⁴

Kehren wir nach diesem Ausblick vom - staatsrechtlich großdeutschen - territorialen Nationalstaat der Paulskirchen-Verfassung in den kleindeutsch-preußischen Nationalstaat des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreichs an den Ausgangspunkt unserer historischen Erörterung des Nationalstaatsprinzips in der

Märzrevolution 1848 zurück, so stellt sich angesichts der praktischen Unlösbarkeit des Nationalstaatsproblems die Frage nach den historischen Wurzeln und den rationalen Gründen der geradezu beängstigenden Vitalität der zugleich fiktiven und realen Konstruktion der Nation als einer im ethnischen Verständnis objektiv existierenden und im plebiszitären subjektiv handelnden sozialen und politischen Gemeinschaft, einer - in Benedict Andersons vielzitiierter treffender Kurzformel - *imagined Community*²⁵. Sie kann hier freilich nur gestellt, schwerlich jedoch beantwortet werden. Es wäre im übrigen auch vermessen, sie im Rahmen eines kurzen Referats zu einem speziellen Thema beantworten zu wollen, wo selbst - um nur einige prominente Namen zu erwähnen - einschlägig ausgewiesene Experten wie Theodor Schieder, Thomas Nipperdey oder Hans-Ulrich Wehler, Hans Kohn, Emerich Francis oder Eric Hobsbawm über profunde thematische Darstellungen und systematische Analysen hinaus kaum mehr als unterschiedliche Deutungen und Erklärungen der Nation, des Nationalismus und des Nationalstaats anzubieten vermögen.²⁶

Hier sollen indes einige augenfällige Merkmale der historisch-empirischen Nation als *imagined community* festgehalten und belegt werden, die insbesondere für das Nationalstaatsproblem des europäischen Revolutionsjahrs 1848, seine Inkubations- und seine Wirkungsgeschichte bis in unsere Gegenwart von aufschlußreicher Bedeutung sind. Da wäre zunächst die mobilisierende, motivierende und integrierende Kraft der nationalen Idee zu nennen, wie sie 1789 in der Konstituierung der *Assemblée nationale* aus der Versammlung der Deputierten des Dritten Standes, in der deutschen Erhebung 1813 zum Zweck der Befreiung von Fremdherrschaft wie der nationalen Erneuerung oder allenthalben im europäischen Völkerfrühling 1848 in Erscheinung getreten ist, sodann aber auch ihr emotionales, ihr irrationales, ihr aggressives und destruktives Potential, wie es sich im Terror und in der Expansion der Französischen Revolution oder in der Zerstörung der Nationalitätenstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts vom dänischen Gesamtstaat über Österreich-Ungarn und das Zarenreich bis zu den

ethnischen Säuberungen im zerfallenen Jugoslawien unserer Gegenwart und schließlich im gewaltsamen Zusammenbruch der traditionellen Ordnungen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, des Deutschen Bundes und des europäischen Staatensystems ausgewirkt hat.

Fragt man nach verlässlichen Definitionskriterien, so lassen sich Nationen und Nationalitäten in der kulturellen, sozialen und politischen Realität nur selten präzise voneinander abgrenzen. Das gilt nicht nur - wie im Großherzogtum Posen - für die Siedlung der gemischtnationalen Bevölkerung, sondern auch für das maßgebliche ethnische Kriterium, die Sprache selbst, die in Grenzgebieten verschiedener Nationalitäten nicht selten umgangssprachliche Misch-, Eigen- oder Sonderformen hervorgebracht hat wie das sogenannte *Wasserpölnisch* in Oberschlesien, das *Kartoffeldänisch* und das *Petuhtantendeutsch* in Schleswig, die übrigens allesamt Pejorativa sind und diese Grenzlanddialekte verächtlich oder lächerlich machen sollen. Im Deutschen pflegt man sie allgemein *Kauderwelsch* zu nennen, womit ursprünglich in Oberdeutschland die verworrene Sprache hausierender Italiener bezeichnet worden ist. Troels Fink zitiert in seiner „Geschichte des Schleswigschen Grenzlandes“ zur Illustration der sprachlichen Verhältnisse am Beginn des 19. Jahrhunderts den dänischen Archäologen P. O. Brøndstedt, der das Herzogtum 1804 von Norden nach Süden durchreiste und dabei in den Städten folgende Beobachtung machte: *In Hadersleben fängt die Sprache zuerst an, kauderwelsch zu werden, aber bei jeder Station merkt man deutlich, daß sie einen stärker gemischten Charakter annimmt. In Apenrade war es schlimmer als in Hadersleben, in Flensburg noch schlimmer als in Apenrade, und in Schleswig hörte ich nicht ein einziges Wort, das dänisch sein sollte. Die Sprache der Postkutscher und Krugwirte war auf dem ganzen Wege von Hadersleben an das reine Kauderwelsch²¹.*

Und aus Johann Ohrtmanns Lebenserinnerungen erfahren wir, daß sich gut ein Jahrhundert später noch kaum etwas daran geändert hatte. Sein Vater war in Flensburg mit Plattdeutsch, seine

Mutter im nahe gelegenen Böxlund mit Jütisch, dem abschätzig *Kartoffeldänisch* genannten Schleswiger Dialekt des Dänischen, als Muttersprache aufgewachsen. In seinem Elternhaus wurde Flensburger Plattdeutsch gesprochen, das gebildeten Deutschen jedoch, wie er schreibt, *nichts weiter als ein absurdes Kauderwelsch* erschien, da es mit dänischen Worten, dänischer Syntax und Fehlübersetzungen aus dem Dänischen durchsetzt war. Das galt analog auch für das umgangssprachliche Flensburger Hochdeutsch, das fernab des Grenzlandes als *Petuhtantendeutsch* verspottet wurde.²⁸ Wo und wie sollte angesichts derart gemischter sprachlicher Verhältnisse eine Grenze nach dem ethnischen Prinzip gezogen werden?

Noch weniger konsistent als das ethnische Kriterium der Sprache erwies sich der soziale und politische Begriff der Nation. Hatte sich in der Französischen Revolution nach der berühmten Schrift des Abbe Sieyès *Qu'est-ce que le Tiers-Etat?* der Dritte Stand durch seine gewählten Vertreter zur Nation erklärt, so war in Deutschland während des Vormärz eine wachsende Differenz zwischen den umfassenden Integralen Nation und Volk deutlich geworden, die während der Märzrevolution offen zutage trat. Eine Woche nach Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche erschien in Berlin die erste Ausgabe der von dem Schriftsetzer Stephan Born herausgegebenen sozialpolitischen Zeitschrift *Das Volk. Organ des Central-Komitees für Arbeiter*. Sie wollte - zunächst noch in politischer Nähe zu Karl Marx und Friedrich Engels - *hauptsächlich nur eine bestimmte Klasse im Staate vertreten, die arbeitende Klasse*, die sie mit dem Volk identifizierte und scharf vom *Bürgerthum* abgrenzte.²⁹ Aus dieser Initiative ging ein Vierteljahr später die erste bedeutende Organisation der deutschen Arbeiterbewegung, *die Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung* hervor, die sich mittlerweile deutlich von Marx und Engels entfernt hatte und die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiter als Stand oder Klasse in Staat und Gesellschaft forderte.

30

In der liberalen wie in der demokratischen Nationalbewegung hatte sich indes im Vormärz zunehmend das Selbstverständnis eines

wie die ersten beiden Stände gebildeten und besitzenden, zugleich aber auch arbeitenden bürgerlichen *Mittelstandes* ausgebildet³¹, so daß die gesellschaftliche Gruppe der Arbeiter nunmehr in der politischen Zielsetzung ihrer maßgeblichen Organisation als Vierter Stand bezeichnet werden konnte. Die deutsche Arbeiterbewegung hielt auch in der Folgezeit weitgehend an dem sozialen und politischen Integral des Volkes fest. Das galt bei allen programmatischen Unterschieden gleichermaßen für beide-schließlich auf dem Einigungskongreß in Gotha 1875 zur *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* zusammengeführten - Richtungen ihrer politischen Organisation. Die *Grundzüge der Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* aus dem Jahre 1867 wollen die *Deutsche Nation* oder *das ganze Deutschland* politisch zu *einem einheitlichen und freiwilligen Volksstaate verbunden wissen*³². Und auch im *Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* aus dem Jahre 1869 wird bezeichnenderweise nicht die Errichtung des National-, sondern *des freien Volksstaates* gefordert.³³

Aus der Perspektive des insgesamt noch überwiegend agrarisch geprägten Deutschlands konnte die gesellschaftliche Brüchigkeit des Dritten Standes, der Nation oder des Volkes auch gänzlich anders wahrgenommen werden. So stellte der im nördlichsten Distrikt des Herzogtums Schleswig gewählte Jenaer, früher Kieler Professor Andreas Ludwig Jacob Michelsen vor der Paulskirchen-Nationalversammlung fest, daß in Frankreich *die wahrhaft große Kluft... zwischen der Bourgeoisie und den Besitzlosen, keineswegs aber... zwischen Bürgerstand und Adel* bestehe, in Deutschland, das er durchaus im Begriff sah, *eine neue Gesellschaft zu bilden*, dagegen nicht: *Lassen Sie das deutsche Volk hier als solches vertreten sein, lassen Sie es in Masse selbst Zusammenkommen, dann werden Sie hören, ob nicht eine viel größere Kluft besteht und ein viel größerer Riß stattfindet zwischen Stadt und Land, zwischen dem Bürgerstand und Bauernstand*³⁴.

Das staatsrechtlich-politische Nationalstaatsprinzip wurde hiervon freilich nicht berührt und blieb an die Vorstellung einer umfassenden und integralen historischterritorial, ethnisch oder plebiszitär

konstituierten Nation gebunden. Es war jedoch im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts einem offenkundigen Wandel unterworfen, der bereits in den Debatten der Paulskirche bemerkt werden konnte. Das territoriale Prinzip war am stärksten in der Geschichte verwurzelt und konnte über den Deutschen Bund bis ins Heilige Römische Reich Deutscher Nation zurückverfolgt werden. Es war überdies von allen drei Varianten des Nationalstaatsprinzips am wenigsten geeignet, präzise Scheidungen nach Nationalitäten zu ermöglichen. Deshalb wurden in der fortgeschrittenen Diskussion des Nationalstaatsproblems zunehmend Lösungen nach dem *National-Gesichtspunkt* favorisiert, wobei im 19. Jahrhundert das ethnische, im 20. das plebiszitäre Prinzip dominierte. Als die Paulskirche die Posen-Frage verhandelte, war bereits mit der Aufnahme des „Westgürtels“ der Provinz durch die Bundesversammlung - wenn auch nur für die kurze Dauer von 10 Tagen - ein Abschnitt der Außengrenze des Deutschen Bundes nach dem ethnischen Prinzip bestimmt und die Möglichkeit einer plebiszitären Grenzziehung erwogen worden.

Angekündigt hatte sich das plebiszitäre Prinzip jedenfalls längst schon vor dem 20. Jahrhundert. Den historischen Durchbruch erlebte es schließlich mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, als der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika Woodrow Wilson für die anstehende Neuordnung das freie Selbstbestimmungsrecht der Nationen, *the free self-determination of nations*³⁵, forderte und auch größtenteils durchsetzen konnte. *Self-determination* und nicht das auf internationalen Konferenzen fremder Regierungen ausgetragene große Spiel *of the balance of power* sollte über das Schicksal und die Zugehörigkeit von Völkern und Provinzen entscheiden.³⁶ Die Pariser Vorortverträge wurden zwar wiederum von internationalen Konferenzen ausgehandelt, aber sie enthielten zahlreiche Regelungen und Bestimmungen, die das plebiszitäre Prinzip der Grenzziehung durch Selbstbestimmung der betroffenen Nationalitäten zur Geltung brachten, und korrespondierende Selbstverpflichtungen, die den Schutz verbleibender nationaler Minderheiten sichern sollten.

Die 1848/49 offen gebliebene Schleswig-Frage ist vorzüglich

geeignet, diesen Wandel des Nationalstaatsprinzips zu verdeutlichen. Sie war 1852 mit dem Londoner Vertrag vertagt und 1863/64 mit den Mitteln des Krieges und der Diplomatie nach dem territorialen Prinzip zuungunsten Dänemarks entschieden worden. Während die Waffen schwiegen, hatten die Signatarmächte des Londoner Vertrages verschiedene Teilungsvorschläge erörtert, die mit Bismarcks Anregung einer zonenweisen Befragung der betroffenen Bevölkerung bereits über das rein ethnische Prinzip hinausgingen, allerdings noch kein verbindliches Einverständnis mit dem plebiszitären Prinzip bedeuteten.³⁷ Dessen Anwendung wäre indes aufgrund des Prager Friedensvertrages möglich gewesen, der 1866 den deutschen Bruderkrieg beendet hatte und im Artikel V die Bestimmung enthielt, *daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen*³⁸. Sie war jedoch 1878 auf Betreiben Bismarcks in einem bilateralen Vertrag mit Österreich - wie es dort heißt - *außer Gültigkeit gesetzt* worden.³⁹ Die dänische Seite bestand weiterhin auf Einhaltung ihres Anspruchs, konnte ihn freilich erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs einlösen. Die Modalitäten des Plebiszits bestimmte der Vertrag von Versailles. Die Abstimmungen landeten kurz nach dessen Inkrafttreten im Frühjahr 1920 in zwei Zonen bei gut 90prozentiger Beteiligung der stimmberechtigten Bevölkerung statt und ergaben die bis heute gültige deutsch-dänische Staatsgrenze. Sie entsprach im großen und ganzen der Scheidelinie zwischen dänischer und deutscher Kultursprache, wie sie sich seit der Reformation etabliert hatte. In der ersten Zone votierten 75 Prozent für Dänemark, in der zweiten 80 Prozent für Deutschland.⁴⁰ Damit war eine weitgehende Übereinstimmung von ethnischem und plebiszitärem Befund erreicht: eine gegenüber den Unzulänglichkeiten des territorialen Prinzips nahezu optimale Lösung des Nationalstaatsproblems. Gleichwohl war und blieb auch diese Grenzziehung zwischen dem deutschen und dem dänischen Nationalstaat umstritten, da sie auf beiden Seiten nationale Minderheiten zurückgelassen hatte, die die staatliche Vereinigung mit dem Mutterland forderten und darin jenseits

der Grenze öffentliche Unterstützung fanden. Sie blieb es schließlich solange, wie in Deutschland und in Dänemark an dem nationalstaatlichen Postulat der Übereinstimmung von Staatsangehörigkeit und Nationalität, von Staat und Nation festgehalten wurde. Erst der Abschied von der nationalstaatlichen Doktrin hat den Ruf nach Revision zum Schweigen gebracht. Heute zählt der deutsch-dänische Grenzraum zu den wenigen Regionen Europas, in denen der nationale Gegensatz als überwunden gelten darf. Einer der besten Kenner der Materie, der unvergessene Lorenz Rerup, hat die hier erreichte Lösung ein „recht gediegenes Modell für das enge und friedliche Zusammenleben zweier Nationalitäten“ genannt.⁴¹ Und ein anderer einschlägiger Experte, der Kopenhagener Zeithistoriker Karl Christian Lammers, hat sie sogar „als ein anregendes Lehrstück“ empfohlen, das „vielleicht auch als nachahmenswertes Beispiel für die Lösung anderer Minderheitenprobleme und Nationalitätenkonflikte im jetzigen Europa dienen“ könne.⁴²

Den Wendepunkt dieser bemerkenswerten Entwicklung des Nationalstaatsproblems bildet auf deutscher Seite die Kieler Erklärung der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Bruno Diekmann vom 26.9.1949. Sie proklamierte das *Bekennnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur* im Sinne der Grundrechte des kurz zuvor in Kraft getretenen Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland als *frei*. Es dürfe *von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden*⁴³ Mit dieser Erklärung war die Grundvoraussetzung der Nationalstaatsdoktrin, das Postulat der Übereinstimmung von Staatsangehörigkeit und Nationalität, preisgegeben und die nationale Gesinnung zum persönlichen Reservatrecht erhoben worden, das staatlicherseits nicht angetastet werden durfte, mehr noch: geschützt werden mußte.

Damit war das Nationalstaatsprinzip normativ überwunden. Inzwischen kann es auch realiter als überwunden und das Ziel der Kieler Erklärung, *ein friedliches Zusammenleben der dänischen Minderheit mit der deutschen Bevölkerung zu sichern, die berechtigten*

*Belange der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und ein gut nachbarliches Verhältnis zum dänischen Volke herbeizuführen*⁴⁴, im wesentlichen als erreicht gelten. Fragt man nach den politischen Umständen dieses historischen Wendepunkts, so darf der politische Druck der britischen Besatzungsmacht auf die schleswig-holsteinische Landesregierung nicht übersehen werden, ebensowenig aber auch die neue Gemeinsamkeit der demokratischen Staatsverfassung. Sucht man nach den historischen Wurzeln der Kieler Erklärung, so läßt sie sich bis in die wörtliche Formulierung ihrer zentralen Aussage auf das in der Zwischenkriegszeit entstandene internationale Minderheitenrecht zurückführen.⁴⁵ Aber damit wäre ein anderes Thema angeschnitten, und die mir zugemessene Zeit ist bereits abgelaufen. Ich danke Ihnen, daß Sie mir so lange Ihre Aufmerksamkeit und Geduld geliehen haben.

Anmerkungen

- 1 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hrsg. v. Franz Wigard, Bd. 2, Frankfurt am Main 1848.S. 1142.
- 2 Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848-49, Bd. 1: Bis zum Zusammentritt des Frankfurter Parlaments, Berlin 1930, S. 479.
- 3 Stenographischer Bericht (wie Anm. 1), S. 1142.
- 4 Ebd., S. 1146.
- 5 Ebd., S. 1145.
- 6 Ebd., S. 1146.
- 7 Ebd., S. 1142.
- 8 Zu den folgenden Ausführungen: Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses, ebd., S. 1124-1128; Frank Eyck, Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, München 1973, S. 317-337; Günter Wollstein, Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977, S. 98-188; Michael G. Müller u. Bernd Schönemann, Die „Polen-

- Debatte“ in der Frankfurter Paulskirche. Darstellung, Lernziele, Materialien (= Studien zur Internationalen Schulbuchforschung 68), Frankfurt/M. 1991.
- 9 Die zeitgenössische Bezeichnung des - unter dem Druck der Märzrevolution - personell und politisch vom Restaurations- und Restriktionskurs der Ära Metternich „gereinigten“ Bundestags. Valentin (wie Anm. 2), S. 477.
 - 10 Hierzu: Troels Fink, Geschichte des Schleswigschen Grenzlandes, København 1958, S. 96-195; Alexander Scharff, Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. v. Manfred Jessen-Klingenberg (= Kieler Historische Studien 6), Stuttgart 1969; Lorenz Rerup, Slesvig og Holsten efter 1830 (= Danmarks Historie - uden for Danmark), København 1982; ders. u. Reimer Hansen, Europa in seinen Regionen. Schleswig - ein europäisches Beispiel für die Entstehung, den Verlauf und die Lösung nationaler Konflikte, in: Grenzfriedenshefte 1993, S. 79-107; Wollstein (wie Anm. 8), S. 23-97; Hans Schultz-Hansen, Demokratie oder Nationalismus. Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1830-1918, in: Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. v. Ulrich Lange, Neumünster 1996, S. 427-485.
 - 11 Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, S. 108.
12 S. Abh. 4, S. 99. - Die Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1849. Mit Vorentwürfen, Gegenvorschlägen und Modifikationen bis zum Erfurter Parlament. Hrsg. v. Ludwig Bergsträsser, Bonn 1913, S. 5. :
 - 13 Valentin (wie Anm. 2), S. 475.
 - 14 Die Abstimmungsergebnisse beruhen auf einer Auszählung der namentlichen Listen des Stenographischen Berichts (wie Anm. 1), S. 1234-1238, 1242-1247. Sie weichen zum Teil von den - offenbar fehlerhaft ausgezählten - Angaben des Präsidenten der Nationalversammlung ab.
 - 15 Stenographischer Bericht (wie Anm. 1), S. 1127.
 - 16 Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat (= Werke 5), München 1962, insbesondere S. 10-21.
 - 17 Stenographischer Bericht (wie Anm. 1), S. 1546.
 - 18 Ebd., S. 1170 f. Kerst übergeht die auch für die Wahlen im Herzogtum Schleswig wesentliche Frage nach den Gründen der bemerkenswerten Differenz zwischen ethnischem und plebiszitärem Befund. Dabei

- dürfte die hohe Wahlenthaltung der nicht deutschsprachigen Bevölkerung das Wahlergebnis wohl triftiger erklären als ein allgemeines Plebiszit für den *Anschluß an Deutschland* (S. 1171).
- 19 Die Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1849 (wie Anm. 12), S. 95.
 - 20 Stenographischer Bericht (wie Anm. 1), S. 1202 f.
 - 21 Die Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1849 (wie Anm. 12), S. 95.
 - 22 Ebd., S. 72.
 - 23 Diese Formulierung entstammt einer - als Antrag vorgelegten - *Protokoll-Erklärung* des Verfassungsausschusses zugunsten der *volkstümlichen Entwicklung* der ethnischen Minderheiten im Deutschen Bund, die die Nationalversammlung bereits am 9.6.1848 angenommen hatte. Stenographischer Bericht (wie Anm. 1), Bd. 1, Frankfurt am Main 1848, S. 183.
 - 24 Dieter Gosewinkel, Die Staatsangehörigkeit als Institution des Nationalstaats. Zur Entstehung des Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetzes von 1913, in: Offene Staatlichkeit. Festschrift für Ernst-Wolfgang Böckenförde zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Rolf Grawert, Bernhard Schünk, Rainer Wahl, Joachim Wieland, Berlin 1995, S. 365; Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 266-282; Hans-Ulrich Wehler, Von den „Reichsfeinden“ zur „Reichskristallnacht“: Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, in: ders., Krisenherde des Kaiserreiches 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 181-199; ders., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S. 961-965.
 - 25 Benedict Anderson, Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism, London 1983.
 - 26 Hier seien nur einige wenige Hinweise gegeben: Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa. Hrsg. v. Otto Dann u. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1991; Nipperdey (wie Anm. 24); Wehler (wie Anm. 24); ders., Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland 1840-1914. Göttingen²1971; Hans Kohn, The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and Backgrounds, New York 1945, dt.: Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur

- Französischen Revolution, Heidelberg 1950; Enterich Francis, Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie, Berlin 1965; Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780, München 1996. Dazu: Peter Alter, Nationalismus (= Neue Historische Bibliothek. Edition Suhrkamp 1250, NF 250), Frankfurt/M. 1985; Heinrich August Winkler (Hrsg.), Nationalismus (= Athenäum Taschenbücher 7256), Königstein/Ts. ²1985; Tilman Mayer, Prinzip Nation. Dimensionen der nationalen Frage am Beispiel Deutschlands, Opladen 1986; Hagen Schulze, Staat und Nation in der europäischen Geschichte (= Reihe „Europabauen“), München 1994; Dieter Lange-wiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Neue Politische Literatur 40 (1995), S. 190-236.
- 27 Fink (wie Anm. 10), S. 115.
- 28 Johann Ohrtmann, „Sind Kriege notwendig?“ Lebenserinnerungen eines Pazifisten und Schulmannes (=Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein 15), Kiel 1995, S. 29 f.
- 29 Das Volk. Organ des Central-Komitees für Arbeiter. Eine sozial-politische Zeitschrift. Hrsg. v. Stephan Born, Extra-Blatt 25.5.1848, S. 1.
- 30 Frolinde Baiser, Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution. Textband (= Industrielle Welt 2), Stuttgart ²1965, S. 47-55.
- 31 Hier seien zwei Repräsentanten beider Richtungen angeführt: Friedrich Christoph Dahlmann, Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. Mit einer Einführung v. Otto Westphal (= Klassiker der Politik 12), Berlin 1924, S. 200 (erste Ausgabe Göttingen 1835); Gustav Struve, Grundzüge der Staatswissenschaft, Bd. 3: Von den Handlungen des Staats oder allgemeines Staats-Verwaltungsrecht, Frankfurt/M. 1848, S. 62-74.
- 32 Deutsche Parteiprogramme, hrsg. v. Wilhelm Mommsen (= Deutsches Handbuch der Politik 1), München 1960, S. 308.
- 33 Ebd., S. 311.
- 34 Stenographischer Bericht (wie Anm. 1), S. 1315.
- 35 The Papers of Woodrow Wilson. Editor Arthur S. Link, Vol. 47: March 13 - May 12, 1918, Princeton 1984, S. 269.
- 36 Ebd., Vol. 46: January 16 - March 12, 1918, S. 321-323.
- 37 Alexander Scharff, Bismarcks Plan einer Volksbefragung im

- Herzogtum Schleswig, in: ders. (wie Anm. 10), S. 236-250.
- 38 Nouveau Recueil General de Traités. Continuation du Grand Recueil de G. Fr. de Martens par Charles Samwer et Jules Hopf, Bd.18, Göttingen 1873, S. 345 (Art. V).
- 39 Ebd., Serie 2, Bd. 3, Göttingen 1878, S. 530.
- 40 Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins. Hrsg. v. Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1967, S. 79.
- 41 Lorenz Rerup, Nationalismusformen in Dänemark und in Schleswig-Holstein, in: Symbiose, Konfrontation, Nachbarschaft. Dänemark und Schleswig-Holstein im 18. bis 20. Jahrhundert (Vortragsreihe im Rahmen der Kieler Universitätstage 27. bis 31. 1.1992), Kiel 1992, S. 84 f.
- 42 Karl Christian Lammers, Das Dänisch-Deutsche Minderheitenabkommen von 1955, in: Symbiose, Konfrontation, Nachbarschaft (wie Anm. 41), S. 40. Neuerdings auch: ders., Konflikte und Konfliktlösungen in der dänisch-deutschen Minderheitenfrage. Ein Beispiel für Europa?, in: Historische Mitteilungen 10 (1997), S. 268-279.
- 43 Die Schleswig-Frage seit 1945. Dokumente zur Rechtsstellung der Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze, hrsg. v. Eberhard Jäckel (= Dokumente 29), Frankfurt/M., Berlin 1959, S. 51.
- 44 Ebd., S. 50.
- 45 Reimer Hansen, Die historischen Wurzeln und die europäische Bedeutung der Kieler Erklärung vom 26.9.1949, in: Die Kontinentwerdung Europas. Festschrift für Helmut Wagner zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Heiner Timmermann (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 75), Berlin 1995, S. 1 19-130.

Die Grenzregion zwischen nationaler Identität und einem Europa ohne Grenzen

von HEINZ-WERNER ARENS

Dieser Beitrag gibt den Vortrag wieder, den der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Heinz-Werner Arens, anlässlich der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 9. Mai 1998 in Husum gehalten hat. Der Text wurde für den Druck leicht überarbeitet, im übrigen aber der Charakter einer Rede beibehalten.

Die Redaktion

Es gibt Themen, über die kann man ganze Bücher schreiben. Um so ein Thema geht es heute. „Die Grenzregion zwischen regionaler Identität und einem Europa ohne Grenzen“ - das bietet genügend Stoff für gleich mehrere Bände. Keine Sorge: Eine stundenlange Lesung steht Ihnen nicht bevor. Ich bleibe in der Zeit. Dabei hilft mir eine Erfahrung, die ich als Politiker immer wieder gemacht habe. Da kommt ein Journalist, hält einem ein Mikrofon hin und bittet, einen komplexen Sachverhalt kurz zu schildern und zu bewerten. Auf den Einwand, daß man gerade über diesen Sachverhalt ganze Bücher schreiben könnte, folgt dann oft der Hinweis, daß man maximal 15 Sekunden hat. Das schult ungemein. Und insgeheim habe ich mich gefragt, wie ich wohl das heutige Thema in 15 Sekunden auf den Punkt bringen würde. Wie erklärt man in drei knackigen Sätzen die vergangenen 150 Jahre deutsch-dänische Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Minderheiten und der europäischen Einigung?

Mein Vorschlag: Vor 150 Jahren haben Deutsche und Dänen aufeinander geschossen. Heute leben in der Grenzregion Mehrheiten und Minderheiten friedlich zusammen. Damit ist diese Region Vorbild für ein grenzenloses Europa und ein gutes Beispiel für die

Lösung ethnischer Konflikte.

Mehr kann man in drei Sätzen und 15 Sekunden nicht sagen. Ich fand meinen Vorschlag eigentlich nicht schlecht. Bis ich auf eine bessere und kürzere Formulierung stieß. Sie lautet: „Kulturen, Sprachen, Minderheiten - die deutsch-dänische Grenzregion - Beispiel einer Konfliktlösung.“ Diesen Slogan werden einige von Ihnen kennen. Es ist das Motto des dezentralen EXPO-Projekts hier im Grenzraum - also des Vorhabens, mit dem sich die Region im Rahmen der Weltausstellung im Jahr 2000 präsentieren wird.

Ich habe für dieses Projekt gern die Schirmherrschaft übernommen. Denn es zeigt, daß regionale Identität und ein grenzenloses Europa sehr gut zusammenpassen, daß beides vielleicht nur verschiedene Seiten einer Medaille sind. Wie gesagt darüber kann man ganze Bücher schreiben oder es in 15 Sekunden sagen. Ich will heute einen Mittelweg gehen. Eine halbe Stunde wurde mir genehmigt.

Ich möchte Ihnen in dieser Zeit deutlich machen, wie weit der Weg vom Revolutionsjahr 1848 bis zum EXPO-Projekt war. Und ich werde auch daran erinnern, daß bis heute längst noch nicht alle Wunden der Vergangenheit verheilt sind. Ich denke an die Euro-Region. Und ich bin mir sicher: Die europäische Einigung, sie wird noch einmal ein Härtetest auch für die Grenzregion.

Vor meinem Rundumschlag möchte ich mich aber zunächst beim Grenzfriedensbund dafür bedanken, daß ich hier zu Ihnen sprechen darf. Lothar Hay hat mich vorgewarnt. Kaum ein anderer Verein, sagte er, könne auf so viele sachkundige und erfahrene Mitglieder bauen wie der Grenzfriedensbund. Ich freue mich schon jetzt auf die spätere Diskussion - hier im großen Plenum oder am Rande der Mitgliederversammlung unter vier Augen. Aber nun zur Sache.

In diesen Monaten wird in ganz Deutschland und in halb Europa an das Revolutionsjahr 1848 erinnert. Es wird auf vielen Veranstaltungen regelrecht gefeiert - als Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sozusagen als Startschuß für die Demokratie. Daß die demokratische Bewegung auch eine nationale Bewegung war, das tritt eher in den Hintergrund. So wird die deutsche Geschichte

natürlich pflegeleichter.

So einfach können wir uns das in Schleswig-Holstein aber nicht machen. Denn bei uns hatte der nationale Aspekt 1848 besonderes Gewicht und schwerwiegende Folgen, die bis heute nachwirken. Deshalb will ich auf diesen Aspekt mehr als drei Sätze oder 15 Sekunden verwenden und die damalige Konfliktlage etwas präziser umreißen.

Zur Erinnerung: Schleswig und Holstein waren damals Teile des dänischen Gesamtstaates. Lauenburg und Holstein gehörten zum Deutschen Bund, Schleswig bis zur Königsau staatsrechtlich zu Dänemark. Holsteinische Nord- wie schleswigsche Südgrenze war die Eider. Der Zündstoff für den nationalen Konflikt lag in Schleswig. Ziemlich genau diesseits der heutigen Grenze lebten damals mehrheitlich Deutsche jenseits mehrheitlich Dänen.

Bis ins 19. Jahrhundert war das eigentlich kein Problem. Über Jahrhunderte, so formulierte es einmal der frühere Grenzfriedensbund-Vorsitzende Hans Peter Johannsen, habe die Frage nach deutscher oder dänischer Gesinnung in Schleswig keine Rolle gespielt. Man kann Johannsen da nur zustimmen. Erst im Windschatten der Französischen Revolution, der Aufklärung, des Siegeszuges der Freiheit, erst in diesem Windschatten kam es zum Feldzug für den Nationalstaat. Und in Schleswig wurde das Nebeneinander zu einem Gegeneinander.

Bevor dieser Konflikt 1848 offen ausbrach, hatte er sich bereits über Jahre zugespitzt. Das wird heute oft vergessen. Und deshalb will ich zu dieser Vorgeschichte einige Anmerkungen machen. Nehmen wir nur Uwe Jens Lornsen, einen Pionier der schleswig-holsteinischen Bewegung. Bereits 1830 forderte er in einer Kampfschrift ein „Verfassungswerk in Schleswig Holstein“.

Oder um ein anderes Ereignis zu nennen, das gleich doppelt bis heute nachwirkt. Auf einem Sängerfest im Juli 1844 wurde nicht nur erstmals das Lied „Schleswig- Holstein meerumschlungen“ öffentlich vorgetragen, es war auch die Premiere für die blau-weiß-rote Landesfahne. Diese Landesfahne - sie wurde am 1. Jahrestag des Sängerfestes verboten, also 1845. Es war und blieb nicht die einzige Repressalie.

Der nationale Virus - darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen - hatte nicht nur die Deutschen befallen. Es gab zeitgleich eine dänische Gegenbewegung. Auch

die Dänen sangen, turnten und trafen sich bereits vor 1848 zu politischen Versammlungen. Festplatz der dänischen Bewegung war Skamlingsbanke südlich von Kolding, die höchste Erhebung im Herzogtum Schleswig. Dieses Gelände war von dänischgesinnten Nordschleswigern eigens zu diesem Zweck gekauft worden.

Kurzum: Deutsche und Dänen hatten schon lange vor dem Ausbruch der Revolution die Schützengräben ausgehoben, aus denen ab 1848 gefeuert wurde. Einig war man sich in der Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten, nach Demokratie. Einig war man sich leider aber auch in dem Wunsch, Schleswig für immer in den jeweils eigenen Nationalstaat einzugliedern.

Soweit meine Anmerkungen zur Ausgangssituation 1848. Zu dieser Vorgeschichte paßt der Ausbruch der Revolution in Kiel, die Bildung einer Provisorischen Regierung in der Nacht zum 24. März. Andernorts brach die Revolution aus, weil liberale Demokraten nach der Februar-Revolte in Frankreich auch ihrem absoluten Monarchen freiheitliche Rechte abverlangten. In Kiel dagegen erhob man sich, weil nach der Revolution in Dänemark eine nationalstaatliche Ausdehnung des Königreichs bis zur Eider befürchtet wurde.

Auf die Einzelheiten und den Ablauf der Revolution will ich nicht näher eingehen. Hier kann ich nur den hervorragenden Aufsatz von Manfred Jessen-Klingenberg empfehlen - erschienen in der März-Ausgabe 1998 der Grenzfriedenshefte.

Dort plädiert der Historiker dafür, nicht nur den nationalen Aspekt der 48er zu sehen. Die Schleswig-Holsteiner hätten damals, schreibt er, „wie auch die Dänen in diesen Jahren der europäischen Revolution ihre politische Energie dafür eingesetzt, Staat und Gesellschaft zu modernisieren, das heißt zu liberalisieren und zu demokratisieren.“

Das ist zweifelsohne richtig. Ich habe erst vor einigen Wochen eine Ausstellung in Schleswig mit eröffnet. Thema waren die Staatsgrundgesetze 1848 und 1849 in Schleswig-Holstein und

Lauenburg. Es ist kaum bekannt, daß diese Verfassungen die ersten im gesamten deutschsprachigen Raum waren, in denen Bürgerrechte verankert waren. Auch dies belegt: Die 48er waren für ihre Zeit fortschrittliche Demokraten. Über Jahrzehnte prägender für die Grenzregion aber war der nationale Aspekt.

Ich will ein Beispiel nennen. In diesem Jahr findet der Schleswig-Holstein-Tag im August in Elmshorn statt - leider ohne Beteiligung der dänischen Kulturvereine. Vorausgegangen war ein Streit über das Motto dieser Landesschau der Heimatkultur, deren Leitmotiv jetzt „150 Jahre Streben nach Demokratie in Schleswig-Holstein“ heißt. Dieser und erst recht andere Arbeitstitel wie „150 Jahre Demokratie“ oder „150 Jahre Demokraten in Schleswig-Holstein“ waren für die dänischen Vereine nicht akzeptabel. Aus ihrer Sicht waren die dänischen Revolutionäre damals die echten Demokraten, die Deutschen dagegen eher nationale Aufrührer.

Dieses Beispiel zeigt, daß auch nach mehr als 40 Jahren Grenzfrieden die über 100 Jahre Grenzkampf nachwirken. Die Liste der Belege dafür ließe sich beliebig verlängern. Fast jeder Jahrestag birgt Zündstoff. Das gilt für 1864, das gilt für 1920 - und ich bin schon gespannt auf den 25. Juli 2000. Dann jährt sich die Schlacht von Idstedt und damit das Ende der schleswig-holsteinischen Erhebung zum 150. Mal. Der Disput um den Idstedt-Löwen ist ja noch in frischer Erinnerung.

Und dennoch bin ich zuversichtlich. Solche historischen Störfeuer sorgen zwar immer mal wieder für Schlagzeilen in der Grenzregion, den Prozeß der Verständigung zwischen Deutschen und Dänen dies- und jenseits der Grenze können sie aber nicht ernsthaft gefährden. Diese Gewißheit schöpfe ich gerade aus dem, was ich über das Revolutionsjahr 1848 gesagt habe.

Vor 150 Jahren gab es aus damaliger Sicht - sehr grob formuliert - zwei Wege in die Moderne - den demokratischen und den nationalen. Letzteren hat Deutschland in überzogener Weise 1914 und 1933 beschritten. Am Ende dieses Weges des nationalen Wahns lag die halbe Welt in Trümmern. Dieser Wahn hat mehr als 50 Millionen Menschen das Leben gekostet. Die Deutschen haben eigenhändig mehrere Millionen Menschen in den Konzentrations-

lagern ermordet. Dieser Weg darf nie wieder beschritten werden. Er ist für immer gesperrt.

Es bleibt der demokratische Weg, dessen Anfänge ja ebenfalls in die Zeit von 1848 zurückreichen. Auf diesem Weg ist Deutschland seit 1945 ein gutes Stück vorangekommen. Dies gilt auch für die Grenzregion. Und ich möchte mich an dieser Stelle beim Grenzfriedensbund dafür bedanken, daß er auf diesem Weg ein Schrittmacher war - und das sehr früh, sehr energisch und sehr erfolgreich. Kurzum: Heute führt nur noch ein Weg in die Moderne - der demokratische. Und daraus schöpfe ich eben meine Gewißheit, daß Mehrheiten und Minderheiten in der Grenzregion weiter aufeinander zugehen werden.

Damit bin ich wieder direkt beim Thema meiner Rede. Vor 150 Jahren war die Nation identitätsstiftend. Sie begrenzte im doppelten Sinn des Wortes die Demokratie. Gerade in den vergangenen Jahrzehnten hat die Nation viel von ihrer prägenden Kraft für die regionale Identität eingebüßt. Die Demokratie als grenzüberschreitendes Prinzip hat dagegen an Bedeutung gewonnen. Wenn man diesen Trend fortschreibt, kommt man zu einem grenzenlosen Europa, das den Nationalstaat in seiner klassischen Aufgabensetzung - die Kleinstaaterei zu überwinden - ablöst.

Identitätsstiftend dürfte ein solches Europa aber nur bedingt sein. Dazu sind Sprache, Kultur und Geschichte der Menschen in der Union zu unterschiedlich.

Was bleibt also, wenn Europa zu groß ist und die Nation an Bedeutung verliert? Die Antwort ist einfach: Der entscheidende Bezugspunkt der Menschen wird die Region, in der sie leben. Ich habe das jetzt etwas abstrakt formuliert - und ich will versuchen, es noch einmal in drei Sätzen und 15 Sekunden zusammenzufassen. In der Kurzversion lautet meine These so: Die Nationalstaaten werden ihre dominante Bedeutung verlieren. Immer mehr an Bedeutung gewinnt ein vereintes und demokratisches Europa mit vielen unverwechselbaren Regionen. Zum einen ein Europa ohne Grenzen und zum anderen Regionen mit Identität - das sind damit zwei Seiten der gleichen Medaille. Soweit die Kurzversion.

Regionale Identität bedeutet nun beileibe nicht regionalen

Einheitsbrei. Regionale Identität kann und hat - gerade in der Grenzregion - viele Wurzeln. Diese Vielfalt ist heute eine Stärke, wenn es gelingt, die Kräfte zu bündeln. Hier sehe ich in der Grenzregion sehr gute Ansätze - etwa im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Sie zahlt sich für die Region beiderseites der Grenze bereits seit Jahren aus.

Nehmen wir nur die Gemeinschaftsinitiative INTERREG. Ich habe einmal zusammengerechnet, was in den vergangenen neun Jahren allein aus diesem Brüsseler Topf in die Region geflossen ist. Ich bin auf rund 25 Millionen Mark für rund zwei Dutzend Projekte gekommen. Das beginnt bei einer Vernetzung der Bibliotheken in der Region, geht weiter über ein gemeinsames Konzept für den Fremdenverkehr an der Westküste und hört beim Aufbau eines deutsch-dänischen Instituts für Umwelttechnik noch lange nicht auf.

Grundlage dieses Erfolges ist - wie eingangs gesagt - das friedliche Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten. Hier ist die deutsch dänische Grenzregion längst ein gefragtes Modell geworden. Deshalb ist es auch nicht vermessen, dieses Projekt auf einer Weltausstellung zu präsentieren. Wir laden die Besucher der EXPO ein, einen Abstecher in die Grenzregion zu machen. Und sich vor Ort anzusehen, wie in Kindergärten und Schulen, in Hochschulen, Wirtschaft und nicht zuletzt auch in der Politik, manchmal bilingual, oft mühsam, aber meist erfolgreich zusammengearbeitet wird.

Zum Schluß meiner Rede möchte ich noch einige Worte zum Grenzfriedens- bund sagen. Wie auch bei den anderen Grenzverbänden taucht immer mal wieder die Frage auf, ob sie sich durch ihre erfolgreiche Arbeit nicht selbst die Existenzgrundlage entzogen haben. Richtig ist sicher, daß sich der Schwerpunkt der Arbeit verlagert hat. Der Grenzfriedensbund ist hier in der Region im Bereich der sozialen Projekte eine feste Größe. Und das ist gerade in der heutigen Zeit von besonderem Gewicht. Ebenso entscheidend ist aber etwas anderes. Die Grenzregion ist auf dem richtigen Weg, aber noch nicht am Ziel. Vieles wird künftig davon abhängen, welche Form die europäische Einheit annimmt, was für ein Spielraum

den Nationalstaaten bleibt und was für einen die Regionen erhalten. Hier sehe ich ein sehr spannendes Arbeitsfeld für einen Grenzfriedensbund, dessen Vorsitzender Detlef Hansen schon 1954 verkündete: „Heute rufen wir Europa.“

Bekenntnis zu einer Mehrfachidentität

Das Verhältnis zwischen Mehr- und Minderheiten am Beispiel der Schweiz ¹¹ von *ANDRE VON GRAFFENRIED*

Die Regelung der Minderheitenfrage zwischen Dänemark und Deutschland ist ein Erfolg. Man darf sich über Erfolge freuen. Erfolge sind auch ermutigend und sollten „ansteckend“ sein. Menschenrechts- und Minderheitenfragen sind bekanntlich die wesentlichen Ursachen zahlreicher Konflikte. Ohne Menschenrechts- und Minderheitenschutz gibt es keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keinen Frieden; und deshalb brauchen wir positive, ermutigende Beispiele.

Als Bürger der mehrsprachigen Schweiz, mit Deutsch als Mehrheitssprache, fühle ich mich besonders verbunden mit den deutschsprachigen Nordschleswigern. Ich bin deshalb interessiert zu erfahren, wie in dieser Region das Minderheitenproblem gelöst worden ist, wie die Erfahrungen sind, wie die Zukunftsperspektiven gesehen werden in einer sich rasch ändernden Welt.

Die friedliche Koexistenz zwischen verschiedenen Sprachen, Kulturen und Religionen in der Schweiz ist wahrscheinlich das interessanteste Merkmal meines Landes. Für die Schweiz, als Land an der Schnittstelle von drei großen europäischen Kulturkreisen, war es in den letzten Jahrhunderten nicht selbstverständlich zu überleben. Das geopolitische Umfeld war sehr konfliktrichtig. Die Schweizer waren gewissermaßen gezwungen, trotz oder gerade wegen ihrer Unterschiede zusammenzuhalten, ansonsten wäre die Schweiz, umringt von sich oft bekämpfenden großen Nachbarn, auseinandergefallen. Auch die Minderheitenfrage zwischen Deutschland und Dänemark kann nur vor ihrem geschichtlichen Hintergrund verstanden werden.

Pluralismus ist in einer modernen Gesellschaft nicht nur eine Realität, sondern auch eine Chance, ein Reichtum. Sprachliche, religiöse, kulturelle Vielfalt trägt zur Kreativität in einer Gesellschaft bei; Minderheiten sind oft besonders dynamisch und produktiv; die

Konfrontation von unterschiedlichen Ideen und Sensibilitäten wirkt belebend, ist ein Motor der Entwicklung. An Beispielen fehlt es nicht: Andalusien in der maurischen Zeit, Wien vor dem Ersten Weltkrieg, New York heute.

Die kulturelle Vielfalt der Schweiz hat nicht nur zur inneren Dynamik beigetragen, sondern hat den Schweizern auch Tore zu den anderen großen europäischen Reden, die der Botschafter der Schweiz in Dänemark, Andre von Graffenried, am 22.1.1998 bei einem Besuch der deutschen Volksgruppe im Deutschen General Sekretariat Apenrade hielt.

Kulturen geöffnet. 60 Prozent der EU-Bürger sprechen heute die schweizerischen Nationalsprachen. Die mehrsprachige Schweiz erlaubt es ihren Bewohnern, mit ihren Nachbarn in ihrer Sprache zu kommunizieren. Dies erlaubt nicht nur einen freien Zugang zu drei großen europäischen Kulturkreisen, nämlich zur deutschen, französischen und italienischen Kultur, sondern ist auch in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein Vorteil. Unser Außenminister Flavio Cotti, der aus dem Tessin stammt, kann sich z. B. mit seinen Kollegen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien jeweils in ihrer Muttersprache unterhalten. Gleiches gilt oft für Geschäftsleute.

Wenn sprachliche und nationale Minderheiten eine Gesellschaft stärken können, bergen sie auch ein beträchtliches Konfliktpotential in sich, wie die Erfahrung ja zeigt. Die Ursachen sind vielfältig: Der Hauptgrund dürfte darin liegen, daß es ein menschlicher Zug zu sein scheint, das Unterschiedliche, Andersartige nicht akzeptieren zu wollen. Menschen streben nach einer identitären Gesellschaft, nach Gemeinschaft Gleichartiger, in welcher die Andersartigen ausgestoßen werden. Bei Minderheitskonflikten liegt die Verantwortung oft primär bei der Mehrheit. Sie kann aber auch bei der Minderheit liegen, insbesondere wenn ein identitätsstiftender Faktor verabsolutiert wird.

Romansch (=Rätoromanisch) zu sprechen ist zum Beispiel für einen Engadiner zweifellos sehr wichtig; die Sprache, die Kultur sind wichtige, identitätsstiftende Elemente. In einer modernen

Gesellschaft sollte die Zugehörigkeit zu einem besonderen Kollektiv aber nicht allein bestimmend für das Selbstwertgefühl sein. Der Engadiner ist auch Bündner, Schweizer und Europäer, er hat eine Religion - wahrscheinlich protestantisch -, ist aber auch reich oder arm, übt eine interessante und remunerative Tätigkeit aus oder eine geisttötende und schlecht bezahlte, oder vielleicht ist er arbeitslos. Er oder sie haben verschiedene politische Auffassungen, gehören verschiedenen Parteien an, sind verheiratet, geschieden oder ledig, gesund oder krank etc.

Die Zurückführung ihrer Identität einzig auf ihre Sprache würde deshalb unverhältnismäßig und weltfremd erscheinen. Auch sollte nicht übersehen werden, daß, obwohl circa 50.000 Menschen in Graubünden Romansch sprechen und dieses die vierte Landessprache bildet, heute in der Schweiz viel mehr Menschen Spanisch, Portugiesisch, Serbokroatisch oder Türkisch sprechen.

Das Bekenntnis zu einer Mehrfachidentität ist deshalb wesentlich. Dies half zum Zusammenhalt der Schweiz. Dies führt auch zum Bewußtsein, daß die meisten Menschen in einem gewissen Bereich zu einer Minderheit gehören. Das Bewußtsein einer Mehrfachidentität führt aber auch zu Überlappungen. Ein Genfer spricht französisch, ist protestantisch und urban; er wird sich deshalb mit einem Stadtzürher, der wohl deutsch spricht, aber ebenfalls protestantisch und urban ist, verbunden fühlen, wahrscheinlich verbundener als mit einem Walliser, der auch französischsprachig ist, jedoch stark katholische und ländliche Wurzeln hat. Da, wie gesagt, viele andere Faktoren zur Identitätsbildung bestimmend sind, wie wirtschaftlich-soziale Stellung und politische Gesinnung, ist eine moderne Gesellschaft in Wirklichkeit eher pluralistisch und verflochten.

Wo es keine oder wenig Überlappung gibt, ist das Zusammenleben zwischen Mehrheit und Minderheiten schwieriger. Mein letztes Gastland, Sri Lanka, ist dafür ein Beispiel. Die Singhalesen bilden eine Mehrheit von circa 75 Prozent, die Tamilen eine Minderheit von 17 Prozent. Die Singhalesen und Tamilen unterscheiden sich bezüglich ihres ethnischen Ursprungs (arisch/darwinisch), ihrer Religion (Buddhismus/Hinduismus), Sprache

(Singhalesisch/Tamilisch) und Kultur. Die Vermischung ist selten; es gibt z. B. praktisch keinen buddhistischen Tamilen oder hinduistischen Singhalesen. Klare Unterschiede verbunden mit einem tiefen Lebensniveau erschweren das friedliche Zusammenleben. Nach einem Vortrag über den Schweizer Föderalismus sagte mir ein Zuhörer einmal: Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 30.000 US-Dollar hätten wir auch Frieden in Sri Lanka.

Dieses Beispiel von Sri Lanka relativiert den Schweizer Erfolg, relativiert aber vielleicht auch den Stellenwert der Lösung der Minderheitenfrage zwischen Deutschland und Dänemark. Man könnte gewissermaßen sagen: Es ist sicher sehr schön, daß heute die Minderheitenfrage auf beiden Seiten der Grenze gelöst ist. Ist dies aber am Ende des 20. Jahrhunderts nicht selbstverständlich zwischen zwei Staaten, die beide Mitglieder der Nato, der EU und des Europarates sind, zwischen zwei Staaten, die beide rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen verpflichtet sind, die beide über eine starke, dynamische Wirtschaft und ein sehr hohes Pro-Kopf-Einkommen verfügen, in einer Zeit, in welcher die Grenzen fallen, nicht nur wegen Schengen, sondern auch wegen der modernen Kommunikationsmittel? Ist es nicht normal, daß in offenen Regionen, wo die Menschen reisen können, aber auch durch die Presse, das Fernsehen und Internet ständig mit der Außenwelt verbunden sind, Minderheitenprobleme an Intensität verlieren? Sicher ist dies normal, sicher darf man dies erwarten; wie wir aber von anderen Beispielen wissen, ist es trotzdem nicht selbstverständlich und wohl auch nicht ein für alle Male gesichert.

Die Beispiele von Nordirland und Belgien zeigen, daß es auch innerhalb der EU ungelöste Konflikte zwischen Volksgruppen gibt. Eine wesentliche Ursache solcher Konflikte liegt oft in der sozialen Verachtung der einen Gruppe. Demütigungen, auch wenn sie lange zurückliegen, hinterlassen tiefe Wunden. Glücklicherweise waren weder in der Schweiz noch im deutsch-dänischen Grenzgebiet die Unterschiede zwischen den Volksgruppen sozialer Natur - niemand wurde verachtet, weil er deutsch oder dänisch sprach. Dies ist ein weiterer Grund, der das Zusammenleben zwischen

verschiedenen Sprachgruppen in der Schweiz und in ihrer Region heute erleichtert.

Die Idee eines vereinigten Europas, die EU, der Binnenmarkt, hat sicher wesentlich zur Lösung der grenzüberschreitenden Minderheitenprobleme in Europa beigetragen. Nur schon deshalb ist die EU ein Erfolg. Ich bin zuversichtlich, daß die Mehrheit der Nord-schleswiger im besonderen und der Dänen im allgemeinen sich dessen bewußt sind und am 28. Mai für den Amsterdamer Vertrag stimmen werden.

Für diejenigen, die sich vom europäischen Integrationsprozeß distanzieren wollen und sich auf die Schweiz berufen sollten, können Sie antworten: die Schweizer haben am 6. Dezember 1992 mit einer hauchdünnen Mehrheit den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt, was die Schweizer Regierung zwang, das schon hinterlegte EU-Beitritts-gesuch zu suspendieren und bilaterale Verhandlungen mit Brüssel zur Lösung konkreter Probleme aufzunehmen.

Seit dieser Zeit kennt die Schweizer Wirtschaft praktisch kein Wachstum mehr, die bilateralen Verhandlungen sind noch immer nicht unter Dach und Fach und dürften erst einen Abschluß finden, wenn die Schweiz sehr substantielle Konzessionen macht. In den letzten Jahren haben wir erleben müssen, daß bilaterale Verhandlungen mit der EU weder von der Problemstellung noch von der Machtkonstellation her - sieben Millionen Schweizern stehen 350 Millionen EU-Bürger gegenüber - ein adäquates Vorgehen darstellt. Ferner ist die Schweiz in außenpolitischer Hinsicht immer mehr isoliert. Statt in Brüssel mitbestimmen zu können, müssen wir weitgehend nachvollziehen.

Sie werden sich vielleicht fragen, warum die Schweiz mit ihrer föderalistischen Struktur, mit der Mehrfachidentität ihrer Bürger, soviel Mühe mit der EU bekundet. Ein Grund liegt darin, daß viele Schweizer als Bürger eines multikulturellen Landes mitten in Europa Angst bekunden, in einem grenzenlosen, vereinigten Europa ihre Identität zu verlieren, Angst haben, daß sich die Schweiz gewissermaßen desintegrieren würde. Diese Furcht ist meiner

Ansicht nach grundlos, aber verständlich, da die Schweiz keine „natürliche“ Nation ist mit einer eigenen, gemeinsamen Sprache. Dänemark wird z.B. nur schon wegen der dänischen Sprachen immer „Dänemark“ sein. Ein anderer Grund der euroskeptischen Haltung vieler Schweizer liegt auch im Gefühl, irgendwie besser als ihre Nachbarn zu sein. Ob die Aussagen von Bertel Haarder über das Überlegenheitsgefühl und die Selbstgerechtigkeit der Dänen richtig sind, kann ich nicht beurteilen, auf die Schweizer würden sie aber sicher weitgehend zutreffen. Vielleicht haben wir hier wirklich etwas Gemeinsames.

Die schmerzliche, weil zum Teil von außen aufgezwungene gegenwärtige Vergangenheitsbewältigung in der Schweiz über unsere Rolle im Zweiten Weltkrieg bildet meiner Auffassung nach auch eine Chance. Denn wir Schweizer sind daran zu erkennen, daß wir nicht schlechter, aber auch nicht besser sind als unsere Nachbarn. Dies zu realisieren ist wohl eine Bedingung zur Gewinnung eines europäischen Bewußtseins, aber auch zur Regelung grenzüberschreitender Minderheitenfragen.

Der SSW 1948 bis 1998 - eine Bildererzählung

von LARS N. HENNINGSEN

Ende Juni 1998 feiert der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) sein 50 jähriges Jubiläum. Der SSW ist ein Kind der ersten Nachkriegsjahre. Als damals die britischen Besatzungsbehörden „Den slesvigske Forening“, die Dachorganisation der dänischen Minderheit, als politische Partei nicht anerkennen wollten, wurde 1948 eine neue, eigene Partei gegründet - der Südschleswigsche Wählerverband (SSW). Seitdem hat der SSW die politische Geschichte des Landes mit geprägt. Im Kieler Landtag, in den Kreistagen des Landesteils Schleswig und in zahlreichen dortigen Gemeinderäten ist er vertreten.

Die Entwicklung des SSW verlief immer im Spannungsfeld zwischen einer Regionalpartei und einer Minderheitenpartei. Seine historisch-politische Entwicklung hat Ranning Krueger bereits 1991 in den Grenzfriedensheften kompetent dargestellt.¹ Anlässlich des 50jährigen Jubiläums ist nun ein umfangliches Buch zur Geschichte des SSW erschienen.² Zwei der Verfasser beleuchten für deutsche Leserinnen und Leser in den Grenzfriedensheften unter ausgewählten Aspekten Vergangenheit und Gegenwart des SSW. Im vorliegenden Heft stellt Lars N. Henningsen Schwerpunkte der Parteigeschichte durch eine kommentierte Folge typischer Wahlplakate dar. In Heft 3/1998 wird Martin Klatt die aktuelle Situation nach den Kommunalwahlen vom 22. März 1998 und die Zukunftsperspektiven des SSW erörtern.

Die Redaktion

Als am 8. Mai 1945 die deutsche Kapitulation erklärt wurde, meldete sich die Führung der alten dänischen Minderheit mit einer eindeutigen Forderung: „Jetzt wollen wir zurück nach Dänemark“, erklärte der Flensburger Schmiedemeister Samuel Münchow, der in

den folgenden Jahren eine Spitzenposition in der Minderheit einnehmen sollte. Dieser Traum konnte jedoch nicht erfüllt werden. Weder Dänemark noch die britischen Besatzungsbehörden wollten eine Grenzänderung akzeptieren. So wurde die Minderheit gezwungen, ihre Arbeit auf langfristige Perspektiven auszurichten. Sie mußte für sich einen Platz unter den jetzt neu entstehenden politischen Parteien finden.

Am 11. Oktober 1945 wurde ein Gesuch um Anerkennung des Schleswigschen Vereins als politische Partei eingereicht. Wichtigster Programmpunkt war die Grenzänderung. Ein solches Ziel war aber nicht zulässig, und das Gesuch wurde abgelehnt.

Nur die kulturelle Tätigkeit konnte betrieben werden. Nach langen Verhandlungen wurde es dem Sydslesvigsk Forening (SSV) (so war jetzt der neue Name der alten dänischen Dachorganisation) am 3. Mai 1946 gestattet, für die kommenden Kommunalwahlen unpolitische/unabhängige Kandidaten aufzustellen, aber ohne die üblichen Parteirechte. Als nächster Schritt erhielt Sydslesvigsk Forening zur Landtagswahl 20. April 1947 die Erlaubnis, als politische Partei zu kandidieren. Diese Anerkennung galt jedoch nur für diese Wahl, und Grenzpolitik durfte fortan nicht betrieben werden.

Erst im folgenden Jahr wurde eine vollwertige Anerkennung als politische Partei erreicht. Auf Vorschlag der Briten wurde eine eigene Partei gegründet, der Südschleswigsche Wählerverband (SSW). Sein Programm wurde vom SSV am 25. Juni 1948 festgelegt, die Genehmigung der britischen Behörden erfolgte am 5. August.

Eine formale Trennung der parteipolitischen von der kulturpolitischen Arbeit der dänischen Minderheit war auch deshalb geboten, weil im SSV viele dänische Staatsbürger in der Kulturarbeit aktiv waren, die Aufrechterhaltung einer regen Verbindung nach Dänemark von größter Wichtigkeit war und auch die bedeutende finanzielle Hilfe aus Dänemark bewahrt werden mußte. All das wäre für eine politische Partei in Deutschland damals nicht möglich gewesen.

Die politische Arbeit der dänischorientierten Bewegung in Südschleswig hat sich seit 1945/48 unter verschiedenen Bedingungen

und mit wechselnden Zielsetzungen entwickelt. Diese Entwicklung kann hier durch eine Auswahl vornehmlich dänischer Wahlplakate skizziert werden.

Anmerkungen

- 1 Raning Krueger: Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), in: GFH 1991, S. 79- 103, 142-168.
- 2 Lars N. Henningsen, Martin Klatt, Jürgen Küh: SSW. Dansksindet politik i Sydslesvig 1945-1998, hrsg. v. Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Flensburg 1998 (500 Seiten).

SSV-Plakate zur Landtagswahl am 20. April 1947

Zwar wurde dem Sydslesvigsk Forening (SSV) erlaubt, als politische Partei Kandidaten aufzustellen, die Wahlvorbereitungen waren jedoch durch die von den Briten gestellten Bedingungen und durch die Zensur begrenzt. Wahlziel des SSV war „nach Dänemark zu kommen“. Solche grenzpolitischen Forderungen konnten aber nicht offen gestellt und nicht auf die Plakate geschrieben werden. Deshalb deutet nur der Blick in Richtung Dänemark durch das Nordtor in Flensburg vorsichtig eine Zukunft in Verbindung zum Norden an. Auf dem rechten Plakat sieht man das Gebäude von Flensburg Avis am Nordermarkt in Flensburg. Das bedeutet, die Zukunft soll auf dänischen Traditionen gebaut werden.

Die SS V-Propaganda richtete sich ausschließlich an die einheimischen Südschleswiger. „Für den echten Südschleswiger gibt es nur eine Treuepflicht, nämlich gegenüber der südschleswigschen Heimat“ - „Südschleswig den Schleswigern“, hieß es. Der Bindestrich zwischen Schleswig und Holstein sollte gebrochen und ein selbständiges Land Südschleswig geschaffen werden. Dadurch wollte man die angeblich nur verschütteten nordisch-demokratischen Traditionen der Heimat entwickeln. Neue Agrargesetze zugunsten der deutschen Flüchtlinge aus dem Osten wurden z.B. als eine „Entrechtung der einheimischen Bevölkerung“ angesehen.

Die Landtagswahl am 20. April 1947 war der Höhepunkt der dänischorientierten Bewegung. 99.500 Stimmen oder 9,3 Prozent aller Stimmen in Schleswig-Holstein, 32,7 Prozent in Südschleswig, fielen auf die Kandidaten des SSW.

SSW-Plakate zur Kommunalwahl am 24. Oktober 1948

Die Kommunalwahlen am 24. Oktober 1948 waren der erste Auftritt des neugegründeten SSW in der praktischen Politik. Diese zwei Plakate bringen Furcht und Hoffnung des SSW zum Ausdruck. Links die Gefahr: die Verbindung zu Holstein und der Zustrom der vielen deutschen Flüchtlinge aus dem Osten wurden als eine Bedrohung der eigenständigen Traditionen und der dänischen Kultur der Heimat, des Landesteils Schleswig empfunden. Das Schicksal der Heimat soll in den Händen der Schleswiger liegen. Offen konnte das Endziel der alten dänischen Minderheit nicht angesprochen werden: „Gegenwart und Zukunft Südschlewigs müssen nach dem Willen der südschleswigschen Bevölkerung gestaltet werden“, hieß es im Programm des SSW. Deutlicher durfte man die Forderung nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes und der Angliederung an Dänemark nicht ausdrücken. Die Bildung eines selbständigen Landes Südschleswig war der erste mögliche Schritt. Die längere Perspektive aber war die Verbindung mit dem Norden - aus dem Norden erhebt sich die Sonne über Flensburg auf dem rechten Plakat.

Diese Wahl wurde zu einer extrem scharfen Konfrontation zwischen dem SSW und den deutschen Parteien. „Der SSW tarnt sich als Verband zum Schutze der Heimat. In Wirklichkeit erstrebt er den Anschluß an Dänemark“, meinte u.a. die SPD. Das Resultat waren rund 26 Prozent aller Stimmen in Südschleswig für den SSW gegenüber rund 33 Prozent dänischer Stimmen bei der Landtagswahl 1947.

Deutsches Plakat zur Kommunalwahl in Brebel 1948

Alle Wahlen bis Anfang der 1950er Jahre waren durch

Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen gekennzeichnet. Die fast 300.000 deutschen Flüchtlinge, im Jahre 1948 48 Prozent der Bevölkerung Südschleswigs, waren für die deutschen Parteien ein wichtiges Wählerpotential. Für den SSW wurden aber alle Zukunftserwartungen durch diesen deutschen Stimmenzuwachs gefährdet. Der SSW mußte deshalb als Anwalt der einheimischen Bevölkerung auftreten. „Südschleswiger! Schließt Euch zusammen, um die Heimat vor der Überfremdung und unser schleswigisches Volkstum vordem Untergang zu bewahren“, hieß es 1948 im ersten Aufruf des SSW „an die einheimische Bevölkerung Südschleswigs“. Der SSW präsentierte sich als die Organisation aller Einheimischen - nicht als eine Minderheitenpartei. Als Heimatpartei war es das Ziel, Sympathisanten unter den noch unentschlossenen deutschen Einheimischen zu gewinnen - und letztlich eine Mehrheit für eine andere - dänische - Zukunft Südschleswigs zu schaffen.

Der Gegensatz und das angespannte Klima zwischen einheimischen Deutschen und Flüchtlingen einerseits und dem SSW andererseits wird durch dieses Plakat zur Kommunalwahl 1948 in Brebel deutlich. Deutsche Männer und Frauen sollen den Gastwirt und SSV-Vorsitzenden Ludwig Krüger meiden - er hat der dänischen Schule Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Flüchtlinge sollen den Verräter aufhängen, weil er im Dorf den flüchtlingsfeindlichen SSW-Aufruf plakatiert hat.

SSW-Plakate der 50er Jahre

In den SSW-Plakaten der 50er Jahre wurde mehrmals die nordische Perspektive hervorgehoben, nun jedoch ganz allgemein und ohne Andeutung einer möglichen „Wiedervereinigung“ wie in den Plakaten der Jahre 1947-48. Die Grenzfrage war jetzt nicht mehr aktuell. Auch alle Träume der ersten Jahre, als Verband zum Schutze der Heimat eine Mehrheit in der Bevölkerung erzielen zu können, waren aufgegeben.

Im Gegenteil war der SSW seit 1953-54 eindeutig eine Minderheitenpartei. Die Wahlergebnisse wurden immer schlechter. Seit 1954 waren die Stimmzahlen ständig geringer als die Mitgliedszahlen des SSV. Der SSW konnte also nicht einmal alle Mitglieder der kulturellen Vereinigung SSV mobilisieren.

Das ursprüngliche Ziel einiger der Gründer aus dem Jahre 1948, Südschleswig mit Dänemark zu vereinigen, wurde durch eine neue Politik ersetzt. Das Selbstbestimmungsrecht war fortwährend ein Teil des SSW-Programms, aber nur mit kulturellem, nicht grenzpolitischem Inhalt. Der SSW wollte jetzt für nordisches Denken und nordische Traditionen in Südschleswig arbeiten und damit ein dänisches Leben für die Minderheit in Südschleswig ermöglichen. Diese Perspektive wird durch die zwei gezeigten Plakate deutlich. Das nordische Wikingerschiff wurde von 1950 bis in die 60er Jahre als Logo des SSW benutzt. Die fünf Schwäne, Symbol der nordischen Länder, wurden 1957-58 benutzt.

Wirtschafts- und Umweltprobleme

In den zwei ersten Jahrzehnten nach dem Kriege wurden alle Kräfte für den wirtschaftlichen Aufbau mobilisiert. Im Landtag traten die SSW-Vertreter Samuel Münchow und Berthold Bahnsen ständig für die Wirtschaftsförderung Südschlewigs und bedingt sogar für das Programm Nord ein. Der Tenor dieser Jahre spiegelt sich im Plakat links wider. Der SSW setzt sich für den Ausbau der Schiffswerft in Flensburg ein.

Seit den 70er Jahren gab es jedoch neue Töne. Skepsis gegenüber einem grenzenlosen Wirtschaftswachstum, grüne Ideale und Sorgen für die Umwelt machten sich bemerkbar. Das Thema Atomkraft rief Gegensätze in der Bevölkerung hervor. Finden SSW bedeuteten die neuen „Grünen Listen“ eine besondere Herausforderung. Die Antwort des SSW-Landtagsabgeordneten seit 1971, Karl Otto Meyer, war eindeutig. „Im Landesteil Schleswig braucht man keine Grüne Liste, hier hat man den SSW“, äußerte er 1978. 1981 wurde diese Linie auch im neuen Rahmenprogramm des SSW festgeschrieben. Die Plakate der 1980er Jahre wurden von diesem

neuen Zeitgeist geprägt. Auf dem Plakat rechts setzt sich der SSW für das Erhalten der Natur und für gute Lebensbedingungen in Südschleswig ein: „Schütze Deine schleswigsche Umwelt.“ Dieses Plakat hat einen dänischen Text, der SSW tritt daher als SSV (Sydslesvigsk Vælgerforening) auf - eine seltene Ausnahme in der Wahlpropaganda der Partei. Erst seit Karl Otto Meyer das Landtagsmandat übernahm, wurde Dänisch bewußt in der Parteiarbeit gepflegt.

«..... darauf kannst Du Dich verlassen!»

Seit etwa 1970 wirbt der SSW unter dem Zeichen dieser stilisierten Narzisse und dem Motto „...darauf kannst Du Dich verlassen!“. Als Vorbild diente die Rose der Sozialdemokraten. Durch dieses Logo wurde die Vielfalt verschiedener SSW- Plakate, die in den ersten Jahren verwendet wurden, von einem permanenten Markenzeichen und einer Kernaussage abgelöst. Diese Vereinfachung war wahrscheinlich durch die moderne Medienkultur verursacht. Ein eindeutiges Symbol sollte allen Wählern durch Werbeträgersachen und Massenmedien bekannt gemacht werden - die mehr individuell ausgerichteten Wahlveranstaltungen waren nicht mehr so wichtig wie früher.

Das Plakat ist in seiner Aussage ganz allgemein - in früheren Jahren waren die Plakate öfter Ausdruck spezifischer Punkte des Parteiprogramms. Durch das Motto „... darauf kannst Du Dich verlassen!“ wird hervorgehoben, der SSW sei die regionale Alternative in Südschleswig. Er sei im Gegensatz zu den anderen Parteien frei von bundes- und landespolitischen Bindungen. Beim SSW könne der Wähler ortsgebundene, ehrliche Fürsprecher seiner Interessen finden - sie seien seines Vertrauens wert. Besonders in den Jahren unmittelbar nach dem Barschelskandal konnte der SSW sich in dieser „unbestechlichen“ Pose mit Erfolg darstellen.

Mitgliederversammlung 1998

Fast 100 Mitglieder und Freunde des Grenzfriedensbundes konnte der Vorsitzende am 9. Mai in Husum begrüßen, darunter als Gäste u.a. den Bürgermeister Cornelius Kohl für die Stadt Husum, die Staatssekretärin Gyde Köster, den SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Opel und die CDU-Landtagsabgeordnete Ursula Röper. Ebenfalls anwesend waren der Grenzlandbeauftragte Kurt Schulz und der deutsche Generalkonsul in Apenrade Ingo-Heinrich Radcke. Vertreter der befreundeten Grenzverbände waren die Geschäftsführer der ADS, Ernst-Peter Rodewald und Marita Marxen, für den Deutschen Grenzverein Dr. Henning Bachmann sowie der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans-Heinrich Hansen.

Aus der Reihe der Grußworte, die an die Versammlung gerichtet wurden, ragte das in friesischer Sprache gehaltene Grußwort von Henry Mohrdieck für das Nordfriisk Instituut heraus. Es verdeutlichte die kulturelle Vielfalt in unserer Grenzregion.

Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht und der einstimmigen Entlastung des Vorstandes wurden durch den Vorsitzenden langjährige Mitglieder geehrt, die eine Urkunde und eine Medaille bzw. eine Anstecknadel erhielten.

40-jährige Mitgliedschaft:

1. Prof. Dr. Christian Degn, Kiel
2. Käte-Marie Hansen, Husum
3. Dr. Peter Petersen, Bonn
4. Anneliese Rathje, Eckernförde

25-jährige Mitgliedschaft

1. Prof. Nils Århammar, Bredstedt
2. Thomas Axelsen, Neumünster
3. Hans Ahrenstorf, Langenhorn
4. Inge Godbersen, Niebüll
5. Henri Grund, Husum
6. Prof. Dr. Reimer Hansen, Berlin
7. Lothar Hay, Flensburg
8. Dorothee Hewers, Flensburg
9. Jürgen H. Hewers, Flensburg
10. Hans Hohe, Wittbek
11. Peter Hopp, Kiel

12. Jens Jacobsen-Bremer, Barrien
13. Ulla Johannsen, Hadersleben
14. Thiel Juncker Martensen, Mönkeberg
15. Hans Pickhardt, Husum
16. Gert Roßberg, Flensburg
17. Karsten Rüsck, Mildstedt
18. Barbara Schroeter-Schuller, Westerstede
19. Dr. Karsten Vogel, Glücksburg
20. Dr. Karlheinz Wallraf, Bremen
21. Helmut Wrensch, Tönning

Die Ehrung von Lothar Hay wurde durch den Ehrenvorsitzenden Artur Thomsen durchgeführt. Helmut Wrensch erhielt vom Ehrenvorsitzenden auch ein Buchgeschenk als Dank für 25-jährige Tätigkeit im Vorstand.

Nach der Rede des Landtagspräsidenten Heinz-Werner Arens, die im vorliegenden Grenzfriedensheft abgedruckt ist, und einer lebhaften Diskussion folgte das gemeinsame Mittagessen.

Ingrid Schumann

H. P. Clausen in memoriam

In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1998 starb der dänische Generalkonsul in Flensburg, Professor Hans Peter Clausen. Wir geben im folgenden den Nekrolog wieder, den Siegfried Matlok im Nordschleswiger (23.4.1998) publizierte. Wir teilen Matloks Betroffenheit und stimmen seiner Einschätzung des politischen Wirkens von H. P. Clausen zu. Ergänzend sei festgestellt, daß die dänische Politik und Geschichtswissenschaft einen der besten Kenner der dänisch-deutschen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart verloren hat. In zahlreichen Publikationen und auch in seinen Vorträgen als Generalkonsul hat H. P. Clausen seine Fähigkeit zu wissenschaftlich klarer und zugleich sensibler Analyse unter Beweis gestellt – so auch in seinem Vortrag beim zweiten Grenzlandkongreß im August 1997 „Gemeinsamkeit und Vielfalt im Grenzland, der in den Grenzfriedensheften (3/1997) veröffentlicht wurde.

Die Redaktion

dm. Tiefe Betroffenheit hat unter Dänen und Deutschen weit, weit über das Grenzland hinaus der plötzliche Tod des dänischen Generalkonsuls in Flensburg, Professor Hans Peter Clausen, ausgelöst. Vor wenigen Tagen hatte er sich noch

bei unserer Zeitung gemeldet, um die nicht nur für ihn so freudige Nachricht über den gemeinsamen Besuch der beiden Staatsoberhäupter am 20. Juli im Grenzland und bei beiden Minderheiten zu verkünden. Das Programm käme in Kürze, er müsse sich nur vorher einem kleinen, nicht so ernsten Eingriff unterziehen, teilte er mit, nachdem er unmittelbar vor seinem 70. Geburtstag eine akute, schwere Magenoperation gut überstanden hatte. Nun ist er für uns alle unfäßbar bei diesem scheinbar harmlosen Eingriff in der Flensburger Diakonissenanstalt gestorben; tragisch auch, daß es sich praktisch um die gleiche Krankheit handelte, die vor eineinhalb Jahren zum Tode seines Vorgängers Lorenz Rerup führte. Besonders tragisch, daß mit dem früheren sozialdemokratischen Grönland- und Kirchenminister Jørgen Peder Hansen sowie mit Lorenz Rerup und nun mit H. P. Clausen bereits der dritte dänische Generalkonsul hintereinander das Ende seiner Amtszeit in Flensburg nicht erlebt hat.

Wer H. P. Clausen gekannt hat, der war von ihm, von seinem enormen Wissen, von seiner menschlichen Integrität, die Außenminister Niels Helveg Pedersen gestern zu Recht hervorhob, aber auch von seiner Wärme gepaart mit elegantem Humor fasziniert. Daß die Mitarbeiter im Flensburger Generalkonsulat in ihrem Nachruf schreiben, nie zuvor einen solch wohlgelittenen Chef gehabt zu haben, spricht just für die Qualitäten dieses Mannes. Politisch war der gebürtige Nordschleswiger eine Entdeckung des damaligen konservativen Staatsministers Poul Schlüter. Kurios, bemerkte H. P. Clausen einst, nun seien alle wichtigen Staatsämter des Königreichs in (nord-)schleswigscher Hand. Die Königin aus dem Hause Glücksburg, Staatsminister, Folketingspräsident und auch der Vorsitzende des Höchstgerichts – alle aus Nordschleswig. Clausen wurde für Schlüter zur politischen Mehrzweckwaffe: er bestritt drei Ministerien, bevor er ins höchste Amt als Parlamentspräsident aufstieg. Überall genoß er hohes Ansehen und Respekt. Deshalb waren viele traurig, als er in den Strudel der sogenannten Tamilen-Affäre hineingezogen wurde, weil ihm als Justizminister Versäumnisse vorgeworfen wurden, Kritik, die er nicht ignorierte, sondern parlamentarisch höchst sauber mit seinem Rücktritt quittierte – gemeinsam mit Schlüter! Clausen war oft, schon vom damaligen sozialdemokratischen Außenminister K. B. Andersen, vergeblich gefragt worden, ob er den wichtigen Sonderposten als dänischer Generalkonsul in Flensburg übernehmen wolle. Als Lorenz Rerup, der sehr verdienstvolle Arbeit geleistet hatte, vor eineinhalb Jahren starb, wurde Clausen zwar genannt, aber vor allem aus Altersgründen schien dies ausgeschlossen. Auch selbst glaubte er gar nicht mehr an eigene Möglichkeiten, sondern empfahl über unsere Zeitung seinen konservativen Kollegen und Freund Torben Rechendorff. Nyrup und Helveg Petersen wollten aber H. P. Clausen als den mit Abstand bestqualifizierten Kandidaten. Das Angebot, durch eine Lex Clausen eine dreijährige Amtszeit über

die Altersgrenze von 70 Jahren hinaus zu ermöglichen, kam für H. P. Clausen überraschend. Zwei Gründe bewegten ihn, nun doch das reizvolle Flensburger Amt anzutreten: einmal hatte er die ewigen konservativen Fraktionsstreitigkeiten, die ja am 11. März zur katastrophalen Niederlage führten, einfach satt, und zweitens war – für ihn vielleicht noch wichtiger – seine Ernennung natürlich eine persönliche Rehabilitierung nach seinem Rücktritt, den just jene betrieben hatten, die ihn nun nach Flensburg beriefen: Nyrup und Helveg!

Clausen hat sich schnell in Flensburg eingelebt und auch mit seiner Frau wohlgefühlt, aber er kam mitten in eine Periode, die ihn nach eigenen Worten zwang, „sein Thermometer zu justieren“. Er habe nicht gewußt, daß es im Grenzland „noch immer vulkanische Aktivität gebe, die sich dichter an der Oberfläche befindet als ich es geglaubt hatte“, sagte er dem NORDSCHLESWIGER im September 1997 angesichts der eskalierenden Debatte über die zunächst geplante Euoregion. Clausen hat dabei vermittelt; ebenso wie später hinter den Kulissen im Streit um die drohenden Kieler Einsparungen für die Schulen der dänischen Minderheit. Wie sein Vorgänger war Clausen zwar Historiker, aber er wußte den Vorteil zu nutzen, daß er als langjähriger Politiker hier wie dort über ein Netzwerk verfügte, das er gewinnbringend für seine neue Aufgabe einsetzte. Clausens Persönlichkeit und Fairneß trugen dazu bei, daß er auf dänischer wie auf deutscher Seite gleichermaßen Anerkennung fand, weil er auch die Fähigkeit hatte, im Umgang mit seinen dänischen Landsleuten ebenso wie mit den Deutschen Kritisches nicht auszuklammern. In gewisser Weise hatte er deshalb für das Grenzland staatsmännisches Format, das so nicht zu ersetzen ist. Deshalb schmerzt sein Tod umsomehr!

Dänemark lockt mit prima Arbeitsklima

Institut stellt Studie über Grenzpendler vor

Er ist im besten Alter, gut bis sehr gut ausgebildet, mobil und motiviert: der Grenzpendler. Doch dieser Personenkreis, der regelmäßig die deutsch-dänische Grenze quert, ist im Vergleich zu anderen Grenzregionen West und Mitteleuropas gering. Das geht aus einer in Husum dem Regionalrat Schleswig/Sønderjylland vorgestellten Studie hervor.

Nach der vom Institut for Grænseregionsforskning (Apenrade) erstellten Untersuchung pendeln derzeit 200 bis 300 Personen aus Dänemark zum Arbeiten nach Deutschland. Umgekehrt sind etwa 1000 südlich der Grenze wohnende Personen regelmäßig in Dänemark zu finden. Christian Hansen, Autor der Studie, hat festgestellt, daß es sich in der Regel um die Altersgruppe der 30- bis

50jährigen handelt. „Man pendelt, wenn die Motive größer sind als mögliche Barrieren – das ist kein Kulturphänomen“, wies Hansen in Husum hin. Deutsche Arbeitnehmer beispielsweise seien an freien dänischen Stellen und vor allem an dem aus ihrer Sicht besseren Arbeitsklima interessiert. Steuern und soziale Fragen würden keine Rolle spielen. „Der Lohn ist vergleichbar“, so Hansen weiter. Er hat auch herausgefunden, daß der Pendler in unmittelbarer Grenznähe wohnt und nicht etwa in Husum oder Schleswig.

Die Untersuchung hat nach den Erläuterungen ihres Autors methodische Schwächen, die möglicherweise die formal festgestellte geringe Grenzpendlerzahl erklären. So kann jener Personenkreis nicht erfaßt werden, der möglicherweise vor bürokratischen Barrieren gescheitert ist. Tatsächlich gibt es seit Jahren Kritik an mangelnder Harmonisierung personen-, arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen trotz rund 25jähriger Zugehörigkeit dieses Grenzraumes zur Europäischen Gemeinschaft. Entsprechend wurde auf der Regionalrats-Sitzung eine Grenzpendler-Beratung angeregt. Auch sind jene Arbeitnehmer nicht von der Studie erfaßt, die im Auftrag ihres Arbeitgebers jenseits der Grenze arbeiten.

Die Untersuchungen von Hansen haben ergeben, daß es über die Jahre zu Veränderungen der Pendlerströme kommt. War noch vor einigen Jahren Deutschland die attraktivere Seite der Grenze, so dominiere derzeit der dänische Raum. So sei zu beobachten, daß Deutsche wegen des attraktiven Wohnraum-Angebots nach Dänemark ziehen, um dann zurück nach Deutschland zur Arbeitsstätte zu fahren. Und noch eines zeigt die Studie. Viele werden durch Heirat zu Pendlern. Attraktiv ist nicht immer nur der Wohnraum.

Flensburger Tageblatt, 26.2.1998

Nordfriisk Instituut offen für alle

Institutskuratorium beriet Arbeitsprogramm

BREDSTEDT (Nfl). Das Nordfriisk Instituut lädt alle Interessierten ein, sich an Ort und Stelle über seine Tätigkeit zu informieren. Über die Wichtigkeit dieses Angebots herrschte Einigkeit im Kuratorium des Instituts, das unter Vorsitz seines Sprechers, Prof. Dr. Dieter Lohmeier, in Bredstedt zu seiner jährlichen Sitzung zusammengekommen war. Dies gelte für die friesischen Vereine. Aber auch andere Gruppen, wie etwa Landfrauen, Landjugend, Handels- und Gewerbevereine usw. seien herzlich willkommen zu Informationsbesuchen. Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter seien gerne bereit, etwa in Vorträgen über Sprache, Geschichte und Landeskunde Nordfrieslands zu informieren. Das betonten der Vorsitzende des Institutsvereins Hans-Meinert Redlin und Institutsdirektor Dr. Thomas Steensen.

Das Kuratorium, dem Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Öffentlichkeit angehören, und das die Institutstätigkeit beratend begleitet, ließ sich über die anstehenden Projekte informieren. In mehreren Bereichen werde Grundlagenarbeit geleistet. Nach der 1996 bereits in zweiter Auflage im Heider Boyens-Verlag erschienenen „Geschichte Nordfrieslands“, von der bislang annähernd 5000 Stück verkauft wurden, stehen zwei weitere Grundlagenwerke zur Landeskunde Nordfrieslands auf dem Institutsprogramm. Ende dieses Jahres solle ein kleines Lexikon mit dem Titel „Nordfriesland von A bis Z“ veröffentlicht werden. Für das nächste Jahr sei ein „Großes Nordfriesland-Buch“ geplant.

Im sprachlichen Bereich des Instituts, für den die Lektorinnen Christina Tadsen und Adeline Petersen sowie der vom Schulamt abgeordnete Lehrer Hayo Andresen zuständig sind, wird Grundlagenarbeit vor allem für den friesischen Unterricht in Kindergarten, Schule und Erwachsenenbildung geleistet, so wurde berichtet. Es werde Material gesammelt, aufgearbeitet und den Lehrkräften zugänglich gemacht. Vorbereitet werde unter anderem ein Bildwörterbuch mit dem Titel „Meine ersten tausend Wörter“, das in sechs nordfriesischen Mundarten und in Plattdeutsch erscheinen soll. Der Stärkung des Sprachbewußtseins dient die Aktion „Sprachenland Nordfriesland“, die gemeinsam mit Vertretern der anderen Regionalsprachen Nordfrieslands organisiert wird. Die einmalige sprachliche Vielfalt Nordfrieslands und die Vorteile der Mehrsprachigkeit sollen darin offensiv veranschaulicht werden.

Mit besonderem Beifall bedachte das Kuratorium Dr. Paul-Heinz Pauseback, der das „Auswanderer-Archiv Nordfriesland“ nach dem Auslaufen der Mittel zunächst ehrenamtlich weiterführt. Fast vier Jahre nach dem Projektstart in denen beachtliche Ergebnisse vorgelegt worden seien, gelte die Arbeit nun vor allem der Vorbereitung einer Ausstellung im Nordfriesischen Museum Nissenhaus zum Thema „Auswanderung aus Schleswig-Holstein“. Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Ludwig Fischer aus Westerhever berichtete über ein geplantes Projekt zum Thema „Kulturelles Erbe der Wattenmeer-Region“. Anhand einer regionalsoziologischen Untersuchung an Beispielen aus Nordfriesland soll dabei herausgearbeitet werden, welche Einflüsse die Wandlungen im Zusammenleben der Menschen und in den Abläufen von Arbeit und Wirtschaft auf das kulturelle Erbe, zum Beispiel auf die Siedlungsstrukturen ausgeübt haben.

Das von dem Soziologen und Dokumentar Harry Kunz betreute „Höfe-Archiv Nordfriesland“ habe mit der Ende 1997 veröffentlichten Karte „Die Köge Nordfrieslands“ und ihrem Begleitbuch ein erstes Zwischenergebnis vorlegen können, so wurde mitgeteilt. Der nun zur Veröffentlichung anstehende „Wegweiser zur Höfeforschung“ sei ein Beispiel für die vom Institut betriebene Schaffung von Grundlagen, auf denen Interessierte – in diesem Falle etwa in der Chronikarbeit – aufbauen könnten. Der „Wegweiser“ ist eine von mehr als 30 derzeit geplanten

Veröffentlichungen des von Geschäftsführerin Marlene Bierbach betreuten Instituts-Verlages. Als Verwalter der Nordfriesland-Spezialbibliothek und der archivalischen Sammlungen des Instituts sei Institutslektor Fiete Pingel bei der Beantwortung der zahlreichen Anfragen zu nordfriesischen Themen, die das Institut ständig erreichen, in besonderem Maße gefordert, so wurde hervorgehoben, im vergangenen Jahr seien es mehr als 400 gewesen. Seine Hauptaufgabe sei weiterhin die Beratung von Laienforschern, die sich mit der Regionalgeschichte befaßten.

Grundlegende Arbeit für die helgoländische Sprachgemeinschaft leisten Prof. Nils und Ritva Århammar. Im Sommer 1998 werde der Deutsch-Helgoländische Teil ihres Helgoländischen Gebrauchswörterbuches erscheinen. Für den Abschluß dieses Teilprojekts hatten europäische Mittel eingeworben werden können.

Das Friesisch-Lehrangebot an der Flensburger Bildungswissenschaftlichen Hochschule/Universität, für das Dr. Thomas Steensen seit dem Sommersemester 1997 – zusätzlich zur Leitungs- und Projektarbeit im Institut selbst – verantwortlich ist, umfasse derzeit, so berichtete er, 16 Semesterwochenstunden. Die Zusammenarbeit mit der Hochschule, besonders mit Frau Professorin Helga Bleckwenn, der kommissarischen Direktorin des Seminars für Friesisch, funktioniere reibungslos. Fünf Studierende schrieben sich in der Zwischenzeit neu für das Fach Friesisch ein. Erfreulich sei der Zuspruch, den die Vorlesungen, Übungen und Seminare auch bei Studierenden anderer Fächer fänden.

Pressemitteilung Nordfriisk Instituut, 16.3.1998

Wagner unerwünscht

APENRADE. In Nordschleswig gab es während der vergangenen Tage eine neue Variante nationaler Gefühlsausbrüche. In der Kommune Christiansfeld, ganz im Norden des Landesteils, stoppte der örtliche Bürgermeister Jørgen From unter Hinweis auf zu erwartende verletzte Gefühle die vorgesehene Einbeziehung von Opernpassagen Richard Wagners in das Programm eines Opernfestivals auf der höchsten Erhebung Nordschleswigs, Skamlingsbanke. Hintergrund: Skamlingsbanke war seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Versammlungsstätte im dänischen nationalen Erwachen. Da passe es nicht, daß die Königliche Oper Tondichtungen des Komponisten zu Gehör bringt, dessen Werke Hitler so schätzte, erklärte From. Immerhin befinde sich auf der 113 Meter aufragenden Anhöhe auch eine Gedenktafel für Gefallene des Widerstandskampfes gegen die nazideutschen Besatzer in der Zeit von 1940 bis 1945.

Die meisten Musikfreunde konnten die Argumentation nicht nachvollziehen, denn

in ganz Dänemark gibt es Wagner-Fans: Unter anderen liebte der Vater der heutigen Königin, König Frederik IX. (1899-1972), die Werke des seit jeher umstrittenen Komponisten. Wagners Werke werden seit eh und je in den Opernhäusern und Konzertsälen Dänemarks aufgeführt, ohne daß Gefühlsverletzungen bekannt geworden sind...

Volker Heesch, in: Flensburger Tageblatt, 28.3.1998

500 begrüßten die Königin

BAU/PATTBURG. In Anwesenheit der Königsfamilie hat die dänische Grenzgemeinde Bau am Donnerstag der Schlacht von Bau vor 150 Jahren gedacht. Mit den Kämpfen am 9. April 1848 war ein über Jahrhunderte friedliches Zusammenleben von Deutschen und Dänen im Grenzland zu Ende gegangen. Baus Bürgermeister Allan Niebuhr betonte, aus dem Nationalitätenkonflikt des letzten Jahrhunderts könne man lernen, wie wichtig heute die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Dänen im Grenzland sei, gerade auf lokaler Ebene. Königin Margrethe wurde von Prinzgemahl Henrik, ihrem Zweitgeborenen, Prinz Joachim, und Prinzessin Alexandra begleitet. 500 teils mit Wimpeln ausgestaffierte Schaulustige verfolgten die Ankunft des hohen Besuchs.

Flensburger Tageblatt, 11.4.1998

Minderheitenpolitik weiter in großer Übereinstimmung

Landtagspräsident Heinz-Werner Arens bekräftigt die Fortsetzung der guten Kontakte zum Folketing

-uk- KOPENHAGEN. Dem „gemeinsamen Wunsch, daß wir die Minderheitenpolitik diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze weiterhin in so großer Übereinstimmung fortführen können – nicht zuletzt im Interesse beider Minderheiten“, hat Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD), Kiel, gestern gegenüber dem Präsidium des Folketings in Kopenhagen Ausdruck verliehen.

Namens aller Mitglieder des Gremiums für Fragen der deutschen Minderheit beim Schleswig-Holsteinischen Landtag dankte Arens als dessen Vorsitzender Folketings-Präsident Ivar Hansen (Venstre) für den freundlichen Empfang und die Gelegenheit, daß das Gremium anlässlich seiner 41. Sitzung zum zweitenmal auf Christiansborg zu Gast sein dürfe, und freute sich - auch im Blick auf die anwesenden nordschleswigschen Parlamentarier Kaj Ikast (Kons.), Erik Jacobsen, Helga Moos (beide Venstre) und Inge Refshause (Dansk Folkeparti) –

auf eine „gute Zusammenarbeit mit den alten und neuen Abgeordneten“.

„Auch jenseits der Zusammenarbeit in der Minderheitenpolitik wünsche ich mir, daß wir die guten Kontakte zum dänischen Folketing weiterhin fortsetzen können“, betonte Arens. Dazu sei im Juni bei der Kieler Woche, „auf der wir uns in diesem Jahr insbesondere mit der Bedeutung des Nordischen Rates befassen werden, oder auf der diesjährigen Ostsee-Parlamentarierkonferenz in Lübeck“ Gelegenheit. Dennoch wüßten alle, auch durch verbale Auseinandersetzungen im deutsch-dänischen Grenzland 1997, daß das Thema Minderheitenpolitik immer noch „Empfindlichkeiten berühren“ könne und „großer Sensibilität und Behutsamkeit“ bedürfe.

Arens dankte in diesem Zusammenhang Hansen-Vorgänger Prof. Erling Olsen (Soz.) für dessen großes Interesse und Engagement sowie vielfältigen Bemühungen und dem „ebenfalls äußerst engagierten“ Sekretariatsleiter Siegfried Matlok, Apenrade/Kopenhagen, für dessen „verdienstvolle Rolle als Botschafter, Mittler und im übertragenen Sinn als Brückenbauer“.

Ivar Hansen gab seiner Freude Ausdruck, daß es zu seinen ersten Amtspflichten als neuer Folketingspräsident gehöre, die „Freunde und Zusammenarbeitspartner“ aus Schleswig-Holstein begrüßen zu können. Jeder habe seine eigene, aber es gebe auch eine gemeinsame deutsch-dänische Geschichte. „Vor ihr darf man nicht davon- laufen, aber in den letzten zehn, 20 Jahren hat eine sehr positive Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland stattgefunden. Es sei angesichts der Minderheitenkonflikte in Europa „ein Vorbild, wie man es besser machen kann“.

Hansen würdigte die große Energie des Kieler Kontaktgremiums in der Minderheitenarbeit, das „einen wichtigen Beitrag für die Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzland“ leiste. Er kündigte an, auch persönlich zur Fortsetzung der guten Zusammenarbeit unter Einbeziehung der beiden Minderheiten beitragen zu wollen. Als Parlamentspräsident werde er an der diesjährigen Kieler Woche teilnehmen.

Nordschleswiger, 18.4.1998

In Zukunftsfragen ziehen beide meistens am selben Strang

Generalkonsul Ingo-Heinrich Radcke sprach auf SP-Jahrestagung über Deutschland als Partner Dänemarks auf dem Weg ins Europa des 21. Jahrhunderts

(N) TINGLEFF. „Das vereinigte Deutschland lebt – anders als in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts – ohne ernsthafte Konflikte mit seinen Nachbarn. Diese Tatsache erteilt der integrationsfreundlichen Politik aller Bundesregierungen auch

ein internationales Gütesiegel“, erklärte Generalkonsul Ingo-Heinrich Radcke in einem Vortrag zum Thema „Deutschland als Partner Dänemarks auf dem Weg ins Europa des 21. Jahrhunderts“, den er gestern abend auf der Jahreshauptversammlung der Schleswigschen Partei in Tingleff hielt.

Mit dem deutschen Ja zu Amsterdam von Ende März dieses Jahres habe die Bundesrepublik – für jedermann sichtbar – auf nationale Alleingänge und eine global ambitionierte Politik „von Wilhelms Gnaden“ verzichtet.

Diese friedensstiftende und ausgleichende Politik, sagte der Generalkonsul, entspreche der Europa-Philosophie, die auch dem Amsterdamer Vertrag zugrundeliege. „Dieser Aspekt ist uns Deutschen besonders wichtig, und ich persönlich fände es schön, wenn er auch von den Euro-Skeptikern stärker betrachtet würde.“

Auch wenn es in einem Wahlkampf mit tagespolitischen Streitereien und persönlich gefärbten Europa-Nörgeleien nicht immer so deutlich erkennbar sei: Die Bundesrepublik sei zur Fortentwicklung und zum Ausbau des gemeinsamen Hauses Europa fest entschlossen. „Ich sehe auch keine Anzeichen dafür“, hob Radcke hervor, „daß eine – immerhin denkbare – neue Bundesregierung ab Herbst 1998 eine völlig andere Europa-Politik formulieren wird, als die der Regierung Kohl/Kinkel.“

Der europäische Konsens in Deutschland basiere eigentlich auf einem Kerngedanken: Aufgrund seiner geopolitischen Lage könne Deutschland als rohstoffarme Industrie- und Exportnation seine vitalen Interessen, also vor allem Frieden und Versöhnung in Europa, liberaler Freihandel sowie soziale Sicherheit und Wohlstand für alle, am besten sichern, wenn es eine Politik des Autonomieverzichts praktiziere.

In den Tagen vor der dänischen Volksabstimmung, sagte Radcke, habe er Mühe, viele der öffentlich angebotenen Diskussionsbeiträge zu Europa und Amsterdam nachzuvollziehen: „Manche Argumente kann ich beim besten Willen nicht mit den Fakten in Deckung bringen. Ich finde es gut, daß die Schleswigsche Partei sich weiter zur unaufgeregten Vermittlung eines realistischen Bildes von Europa bemüht. Als ein bundesdeutscher Beobachter erwähne ich die – über Nordschleswig hinausweisenden – Aspekte der SP-Arbeit besonders gern. Man braucht sich ja nur bei anderen ethnischen Minderheiten in Europa umzuschauen: Dort klammert sich die Volksgruppenarbeit nur allzu oft am Althergebrachten, am Status-Quo-Denken fest.“

Natürlich interessiere die Frage, ob und gegebenenfalls wann Dänemark zum Club gehören könnte. Dazu werde er sich, so der Generalkonsul, „hier aber bestimmt nicht öffentlich äußern.“

Der europäische Einigungsprozeß könne als eine unserem Kontinent gemäße multinationale Antwort auf globale Herausforderung betrachtet werden. Es sei

gleichwohl nicht zu übersehen, daß die EU-Partner Dänemarks und Deutschland nicht immer die gleichen Konsequenzen aus diesen Herausforderungen ziehen. Bonn beispielsweise wünsche eine Stärkung des Europa-Parlaments. Für Deutschland wäre dies ein Schritt zum Abbau des - doch von allen beklagten – Demokratiedefizits in der EU. „Dänische Politiker haben mit einer solchen Reform des EU-Parlaments – offenbar aufgrund einer unterschiedlichen historischen Ausgangslage - ihre Probleme.“

Die Tatsache, daß es solche Bewertungsunterschiede gebe, sollte aber den Blick auf das Gesamtbild nicht trüben: „In der Mehrzahl der Zukunftsfragen ziehen Deutschland und Dänemark als Partnerländer im europäischen Einigungsprozeß am selben Ende des Stranges. Das liegt zum einem – ganz banal – an der Geographie: Unsere beiden Länder gehören der wohlhabenden Nordschiene der EU an. Beide sind Ostseeanrainer, wenn man so will, also ‚baltische‘ Staaten.“

Ebenso wie Bonn betone Kopenhagen, daß ein Ja zu Amsterdam ein Ja zur Heimkehr der drei baltischen Beitrittskandidaten in die europäische Völkerfamilie sei, von der sie über Jahrzehnte gewaltsam abgeschnitten waren. Die Ostsee solle nach dem Fall des Eisernen Vorhangs endlich wieder zu einem Meer der Demokratie und der konfliktfreien Prosperität werden.

„Die deutscherseits – etwas leichthin – geäußerte Zielvorstellung einer Aufhebung der Staatsgrenzen – die für viele Dänen ja das Symbol ihrer staatlichen Unabhängigkeit ist – hat so nicht erwartete ‚vulkanische Aktivitäten‘ zutage gefördert. Dies war für manchen im Landesteil Schleswig – aber auch anderswo – eine durchaus ernüchternde Erfahrung. Bedauerlicherweise waren es zeitweise vor allem Bilder von: Grenzblockaden u.ä. Aktionen, durch die unsere Region von sich Reden machte. Ich denke aber, daß diese Schlagzeilen heute kaum noch nachwirken.“

Der gemeinsame Grenzlandbesuch von Königin Margrethe und Bundespräsident Herzog im kommenden Juli wird nach meiner Überzeugung aller Welt vor Augen führen, daß die Atmosphäre in der Region gut ist. Dieser außergewöhnlichen Staatsvisite kommt damit auch eine hohe symbolische Bedeutung zu. Der Besuch darf mit Recht als besondere Anerkennung der Bemühungen der deutschen und der dänischen Minderheitenorganisationen um grenzüberschreitende Verständigung verstanden werden.“

Nordschleswiger, 25.4.1998

Sparkurs für die deutsche Minderheit

TINGLEFF (fju). Angesichts sinkender Mitgliederzahlen des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) hat Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen eine

stärkere Werbung für Neueintritte angekündigt. Neulinge sollen gleichermaßen über kulturelle wie politische Aktivitäten angesprochen werden, sagte Hansen gestern abend in Tingleff auf der Delegiertenversammlung der Dachorganisation der deutschen Minderheit.

Bei der Vorlage des Geschäftsberichts für 1997 freute sich Hansen, daß trotz der schwierigen Haushaltslage in Deutschland einschneidende Kürzungen in den Zuschüssen für die Minderheit in Nordschleswig ausgeblieben sind. So finanzierten die Bundesrepublik und das Land Schleswig-Holstein die Arbeit der deutschen Volksgruppe in Dänemark im letzten Jahr zu fast 40 Prozent.

In der Ungewißheit, ob dies so bleibt, verordnete der Hauptvorsitzende seiner Organisation für die Zukunft einen drastischen Sparkurs. Unter anderem berate der Hauptvorstand des BdN über eine Verwaltungsrationalisierung über die Grenzen der einzelnen Mitgliedsverbände des BdN hinweg. Ein Beispiel dafür, wie im vergangenen Jahr Ausgaben reduziert worden sind: Gastspiele des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters in Dänemark wurden gestrichen. Statt dessen weichen die Theaterfreunde verstärkt auf Busfahrten nach Flensburg aus.

Als einen der größten Erfolge des vergangenen Jahres bewertete Hansen, daß die deutsche Minderheit mit zwei Sitzen im Regionalrat der neuen Region Schleswig/Sønderjylland vertreten ist. Auf diese Weise könne die Volksgruppe einem kulturellen und wirtschaftlichen Brückenschlag über die Grenze hinweg Impulse verleihen.

Der Vorsitzende der Schleswigschen Partei (SP), Peter Bieling, kündigte Konsequenzen aus den Stimmenverlusten der SP bei den Kommunalwahlen im November an: Das Minus in Höhe von elf Prozent liege unter anderem daran, daß die Wahlkampagne nicht genug auf die einzelnen Kandidaten zugeschnitten gewesen sei. Beim nächsten Urnengang werde man die Persönlichkeiten stärker betonen, da Kommunalwahlen vor allem Personenwahlen seien.

Flensburger Tageblatt, 29.4.1998

Anteil der Förderung aus Deutschland nimmt ab

Haushaltsplanung der deutschen Volksgruppe steht im Zeichen zunehmend schwieriger Finanzierung

hee. TINGLEFF. Der Anteil der Förderung aus Deutschland am Haushalt der deutschen Minderheit in Nordschleswig ist in den vergangenen Jahren auf 37 Prozent gesunken, er ist inzwischen geringer als der dänische Förderungsanteil, der 1999 bereits knapp 44 Prozent erreichen dürfte. Diese Zahlen nannte Geschäftsführer Hermann Heil während der Vorlage des Finanzberichtes während der BdN-Delegiertenversammlung in Tingleff. Hintergrund, so Heil, sind stabile

bzw. rückläufige Zuschüsse von deutscher Seite, die eine Finanzierung der Tätigkeit und Einrichtungen der deutschen Volksgruppe, 1997 193 Millionen Kronen, zunehmend schwieriger machen. Ein Ausgleich durch zusätzliche dänische Zuschüsse sei nur teilweise möglich, da es sich vielfach um zweckgebundene Zahlungen handelt. Hier spiele vor allem auch eine Rolle, daß wegen steigender Schülerzahlen in den deutschen Schulen Zuschüsse höher ausfielen.

Auch bei der Haushaltsplanung 1999 müsse nach Mitteilung des Bundesinnenministeriums mit verringerten Zuschüssen gerechnet werden.

Als bedenklich bezeichnete Heil die andauernde Beschneidung bei den Sachmitteln.

Der Leiter des deutschen Sekretariates, Siegfried Matlok, hatte unter Hinweis auf den Verlauf der Proteste wegen Kürzungen von Zuschüssen an die dänische Minderheit von Enttäuschungen auf Seiten der deutschen Minderheit wegen fehlenden Verständnisses für deren finanzielle Sorgen gesprochen. Matlok nannte es politisch-psychologisch nicht unbedenklich, daß sich die Anteile bei den Fördermitteln für die Minderheit zuungunsten der Anteile aus deutschen Haushalten veränderten.

Nordschleswiger, 30.4.1998

Hans Heinrich Hansen notierte Zuspruch für BdN-Reformlinie

hee. TINGLEFF. „Ich gehe davon aus, daß die Stimmung hier ein Votum für die Fortführung der von mir skizzierten Linie ist“, erklärte Dienstagabend zum Ende der Aussprache über seinen Bericht der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), Hans Heinrich Hansen, Heisagger, unter dem Beifall der Delegiertenversammlung in Hansens Gasthof in Tingleff.

Zuvor hatte Hansen seine Vorstellungen von einer Reform innerhalb der deutschen Volksgruppe erläutert, die neben Stärkung der Identität der deutschen Nordschleswiger dem Hauptvorsitzenden des BdN eine Art Richtlinienkompetenz verschaffen sollte. Hansens Vorgänger Gerhard Schmidt, Gravenstein, hatte den Vorschlag unterstützt, eine Art Regierung und Parlament der Volksgruppe zu schaffen, denn es müsse die Anbindung der Organisationen verbessert werden. Heute gebe es im Hauptvorstand eher Mitteilungen, aber keine Debatte, so Schmidt.

Hans Heinrich Hansen hatte zuvor eine zu schematisch arbeitende BdN-Spitze beklagt und erklärt: „Ich brauche gegenseitige Befruchtung, die uns weiterbringt.“ Zu der von ihm geforderten stärkeren Identifizierung der Mitarbeiter in den Einrichtungen der Minderheit mit der Zielsetzung der Volksgruppe präziserte

Hansen, daß dieses nur durch Motivation der Betroffenen und durch vermittelbare Zielsetzungen zu erreichen sei. Ein Diktat sei auf diesem Gebiet nicht möglich. Leif Nielsen, Wollerup, wandte ein, daß das Organisatorische für die deutschen Nordschleswiger nicht der Knackpunkt sei. Vielmehr bereite es heute Schwierigkeiten, die eigene Identität zu finden, wo Generationen nachgewachsen sind, die kein Verständnis haben für vergangene nationalpolitische Auseinandersetzungen. Dennoch gebe es mit den deutschen Nordschleswigern eine eigenständige Bevölkerung, die anders als die Dänen und anders als die Deutschen in Schleswig-Holstein sei. Wenn diese eigene Identität erhalten werden soll, „müssen wir kulturell auf Zack sein“, so Nielsen unter dem Beifall der 165 von 248 möglichen Delegierten sowie weiteren Teilnehmern der Zusammenkunft. Hans Heinrich Hansen hatte in seinem Bericht für stärkeren Einsatz des einzelnen geworben, auch in einer Zeit des Konsumentenverhaltens, in der häufig „null Bock“ die Antwort sei.

Der BdN-Hauptvorsitzende nannte den bevorstehenden Besuch von Königin Margrethe und Bundespräsident Roman Herzog im Grenzland eine weitere Bestätigung der positiven Entwicklung. Die Einbeziehung der Minderheiten unterstreiche erneut deren gesellschaftliche Anerkennung und ihre Brückenfunktion im Grenzland.

Hans Heinrich Hansen schnitt auch die finanziell angespannte Situation der deutschen Volksgruppe an. Er appellierte an Bonn und Kiel, die Förderung der deutschen Volksgruppe fortzuführen, „auch im Hinblick auf die Balance im Grenzland, die man bisher dankenswerterweise im Auge gehabt hat.“ Während der Delegiertenversammlung wurde u. a. eine Resolution verabschiedet, mit der den BdN-Mitgliedern ein Ja zur Volksabstimmung am 28. Mai über den Vertrag von Amsterdam empfohlen wird.

Nordschleswiger, 30.4.1998

Friesen rücken näher zusammen

Vollversammlung des Gesamtrates auf Helgoland beschließt internationale Zusammenarbeit

HELGOLAND (ehr). Die West-, Ost- und Nordfriesen wollen künftig wesentlich enger zusammenarbeiten als bisher. Die Vollversammlung des Gesamt-Friesenrates beschloß am Wochenende auf Helgoland die Gründung eines gemeinsamen Vereins mit dem Namen „Interfriesischer Rat“.

Die Erhaltung und Förderung der friesischen Sprache und Kultur, der grenzübergreifende Informationsfluß, die Koordinierung gemeinsamer Vorhaben und die Vertiefung der Kontakte zu anderen Minderheiten in Europa sind die

wichtigsten Ziele des neuen Vereins, dessen Satzung jetzt auf Helgoland beschlossen wurde. Die eigentliche Gründungsversammlung ist für den 11. September im ostfriesischen Leer geplant. Dort soll auch die Geschäftsstelle des Vereins eingerichtet werden, dem jeweils neun Mitglieder aus den drei Frieslanden angehören sollen.

Bislang gab es zwischen den rund 50 000 Nordfriesen in Schleswig-Holstein (von denen etwa 10 000 Friesisch sprechen), den etwa 350 000 Ostfriesen in Niedersachsen (von denen kaum noch jemand Friesisch spricht) und den fast 500 000 Westfriesen (von denen rund 400 000 Friesisch sprechen) in den Niederlanden nur eine sehr lose Zusammenarbeit. Der Vorsitzende der Sektion Nord des Friesenrates und des Nordfriesischen Vereins, Hark Martinen aus Mildstedt bei Husum, wertete die Einigung auf Helgoland deshalb als „historische Stunde“ für alle Friesen. Alle drei Jahre begeben sich Friesen aus Nord-, Ost- und Westfriesland zu einer Sternfahrt auf die Hochseeinsel Helgoland. An der 13. Sternfahrt an diesem Wochenende nahmen nach Angaben von Martinen insgesamt rund 500 Friesen teil. Zum Programm gehörten unter anderem ein Festball mit Tanz- und Trachtengruppen, ein Festumzug und ein friesischer Gottesdienst. Die Vollversammlung tagte in der erst am Vorabend wieder eröffneten Nordseehalle, die für vier Millionen Mark umgebaut und modernisiert worden war und jetzt 500 Sitzplätze sowie ein Kino bietet.

Kieler Nachrichten, 4.5.1998

Europarat verankert Volksgruppen-Rechte

FLENSBURG (fju). Seit Februar ist – drei Jahre nach ihrem Entwurf – die Rahmenkonvention des Europarats zum Schutz von Minderheiten in Kraft. Sie stärkt auch die Position der Dänen und der Friesen im Landesteil Schleswig und die Rechte der deutschen Volksgruppe in Dänemark. Allerdings: Aus der gesamteuropäischen Perspektive betrachtet, bezeichnet der Leiter des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen in Flensburg, Dr. Stefan Troebst, die Konvention als „stark verwässert“. Troebst, einer der intimsten Kenner der Probleme zwischen Bevölkerungsmehrheiten und -minderheiten in Europa, erkennt an: Kulturell bringe die Konvention den Minderheiten neue Rechte. So könnten etwa die Dänen oder Friesen im Landesteil Schleswig künftig bei den deutschen Behörden einen Anspruch auf Schulunterricht in der eigenen Sprache einklagen. Zwar ist die existenzbedrohende Spardiskussion um die dänischen Schulen südlich der Grenze verstummt, doch sollte sie bei sich weiter leerenden öffentlichen Kassen wieder aufflammen, könnte die Aussage der Europa- rats-Konvention zum Unterricht praktische Bedeutung erlangen.

Troebst erwartet, daß „die Zweisprachigkeit im öffentlichen Raum“ mit dem Inkrafttreten der Konvention „Auftrieb erhalten“ wird.

Wer in Flensburg dänische oder in Apenrade deutsche Straßenschilder verlange, könne sich jetzt auf die Garantieverprechen des Europarats berufen. Auch gewähre das Abkommen den Angehörigen einer Minderheit ein Recht darauf, daß ihre Namen in amtlichen Urkunden in der originalen Schreibweise eingetragen werden. Beispiel: Wer zur dänischen Minderheit gehört und den dänischen Buchstaben „Å“ im Namen führt, muß sich künftig nicht mehr damit zufriedengeben, daß ein deutsches Standesamt in der Heirats- oder Taufurkunde daraus das ganz anders ausgesprochene, deutsche „Ä“ macht.

Wenn der Leiter des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen das neue Vertragswerk aus der internationalen Perspektive betrachtet, erntet das Papier bei ihm schlechte Noten. Auf vielen Feldern reiche die „Bindewirkung“ nicht aus. Der Text verharrt nach Meinung von Troebst bei zu vielen Zielen auf „Kann-“ und „Soll-“Formulierungen, anstatt in allen Fragen ein verbindliches „Muß“ vorzuschreiben – „darin spiegelt sich wider, wie sehr die Unterzeichnerstaaten um Kompromisse gerungen haben.“

Auch hält Troebst die Konvention kaum für geeignet, ethnische Brennpunkte zu befrieden. So bleiben etwa die Korsen außen vor, weil Frankreich das Papier gar nicht unterzeichnet hat. Und die Russen, die in Estland 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen, würden auch nicht erfaßt. Erkennt die Konvention doch nur die Menschen als Teil einer Minderheit an, die einen Paß des Unterzeichner-Staates besitzen.

Flensburger Tageblatt, 12. 5. 98

EU-Mehrheit schrumpfte

NORDSCHLESWIG (ft). Mit 57,1 Prozent stimmte Nordschleswig zwar ebenso wie das übrige Dänemark mehrheitlich für die Amsterdamer Verträge, doch die Liebe zur EU ist geringer geworden: 1993 gehörte Nordschleswig mit 61,6 Prozent Befürwortern noch zu den Europa-Hochburgen im Königreich. So zeigte sich Amtsbürgermeister Kresten Philipsen, der mit einem 60-Prozent-Pro-Ergebnis gerechnet hatte, jetzt etwas enttäuscht. „Wir können nur hoffen, daß der Kleckerkram in dänischen EU-Diskussionen und die Grenz-Debatten aufhören.“

Von einer relativ guten Wahl nach der Beunruhigung wegen der „häßlichen Euro-Regions-Kampagne“ sprach der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen. Der Sprecher der EU-Gegner in Nordschleswig, Jens Rosendal, freute sich über den Zuwachs der Nein-Stimmen. Die Bevölkerung sei der EU gegenüber hellhörig und skeptischer geworden,

meinte Rosendal.

Die höchste Ja-Quote in Nordschleswig gab es in Rödding. In der kleinen Gemeinde bei Hadersleben stimmten 62,9 Prozent der Bevölkerung für das Abkommen. Auf Südsalten lag die Zustimmung bei 61,8 Prozent. Mit 52,4 Prozent lag Broacker am Ende der Zustimmungsskala in Nordschleswig. Die 55,1 Prozent Ja-Stimmen in Dänemark haben in allen europäischen Hauptstädten Erleichterung und Zustimmung ausgelöst, bedeuten sie doch auch, daß der Zeitplan für eine Ost-Erweiterung nicht mehr gefährdet ist. Dänemarks Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen versprach, die Dänen würden sich als „gute und solidarische Brückenbauer im künftigen Europa“ erweisen. Er sprach sich allerdings generell für eine „längere Pause mit EU-Volksabstimmungen in Dänemark“ aus. „Wir wollen erstmal abwarten, wie das Baby sich entwickelt“, meinte er mit Blick auf eine Beteiligung Dänemarks an der EU-Währung Euro.

Die Wahlbeteiligung lag mit 75,6 Prozent deutlich hinter der den bisherigen vier Volksabstimmungen zur Europa-Politik. Bundeskanzler Helmut Kohl wertete das Abstimmungsergebnis auch als deutliche Bestätigung der Dänen für die Europa-Politik ihres Regierungschefs. EU-Kommissionspräsident Jacques Santer meinte in Brüssel: „Ich bin davon überzeugt, daß der neue Vertrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union führt.“ Er freue sich auf die weitere Teilnahme Dänemarks an dieser Entwicklung.

Gerd Walter, Europaminister Schleswig-Holsteins, bezeichnete das Ergebnis des EU-Referendums in Dänemark als „ein gutes Zeichen für die Ostsee-Kooperation“.

Flensburger Tageblatt, 30.5.98

„Region der Zukunft“

FLENSBURG/BONN (sh:z). Die Region Flensburg/Schleswig ist (wie berichtet) vom Bundesbauministerium als Zukunftsregion im Rahmen des Wettbewerbes „Regionen der Zukunft“ ausgewählt worden. Sie ist damit eine von 26 Regionen Deutschlands, die sich gegen insgesamt 135 Bewerberregionen durchgesetzt haben. Das Prädikat „Zukunftsregion“ wird in einer Feierstunde von Bundesbauminister Oswald am 29. Juni in Würzburg verliehen. Die Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg-Schleswig (WiREG) hatte die Wettbewerbsunterlagen erarbeitet und sich stellvertretend für die Region Flensburg/Schleswig beworben. Weiter heißt es in einer Pressemitteilung, die WiREG habe belegt, daß Flensburg/Schleswig mit vielen Maßnahmen auf dem besten Weg sei, regional zu kooperieren und eigene Identität zu finden.

Der Wettbewerb solle dazu anregen, innovative Ansätze einer nachhaltigen

Raum- und Siedlungsentwicklung zu entwickeln und umzusetzen. Handlungsfelder seien Wirtschaft und Arbeitsplätze, Siedlungs- und Flächenentwicklung, regionaler Verkehr sowie Stoffströme und Energieflüsse. Damit würden wichtige Zukunftsfragen der Regionalentwicklung angesprochen. Laut WiREG gibt es in der Region Flensburg/Schleswig bereits eine ganze Reihe von Vorhaben, an die angeknüpft werden kann. Die Ausschreibung zum Wettbewerb fordere ausdrücklich die Bereitschaft zu regionalem Dialog und überörtlicher Kooperation. Dies wird von den Kommunen der Region bereits durch vielfältige Maßnahmen bewiesen. Beispiele: Wirtschaftsentwicklungsgemeinschaft Flensburg-Handewitt, Regionalrat, Schleswiger-Umlandplanung.

Die WiREG verweist weiter auf ein laufendes Entwicklungskonzept für die Region, von dem eine Vielzahl von Impulsen und Projekte erwartet, die zukünftig umgesetzt werden sollen und den Zielsetzungen des Wettbewerbes entsprechen. Am Ende des etwa zweieinhalbjährigen Wettbewerbes, im Juni 2000, werden sich die Regionen auf der Weltstädtebaukonferenz „Urban 21“ in Berlin präsentieren. Der Wettbewerb biete die Chance, die positiven Entwicklungen, die guten Standortbedingungen und die beispielhaften Kooperationsstrukturen einer bundesweiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und für die Region Flensburg/Schleswig zu werben. Diese Chance müsse genutzt werden.

Flensburger Tageblatt, 30.5.1998

„Vorbild für den Rest Europas“

„Årsmøde“ mit 9000 Teilnehmern

Flensburg (fju). „Minderheitenpolitik ist keine Museumspflege, sondern ein Stück Regionalpolitik.“ Das betonte Schleswig-Holsteins Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Gerd Walter (SPD), gestern auf dem Jahrestreffen der dänischen Minderheit auf dem Sportplatz am Marienhölungsweg. Das 74. „Årsmøde“ hatte 9000 Teilnehmer auf die Beine gebracht.

Der Kieler Minister beglückwünschte die deutsch-dänische Grenzregion zu ihren zwei Kulturen. „Die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark trennt nicht. Sie ist ein Standortfaktor“, erklärte Walter. Auch im zusammenwachsenden Europa würden die Minderheiten nicht überflüssig. Im Gegenteil: Walter nannte die Minderheiten „die Hefe im Teig der Zukunft dieser Region“. Das „Årsmøde“ wertete Walter auch als „Tag der Demonstration guter Nachbarschaft zwischen den Kulturen“. Das sei ein Zeichen gegen andernorts wieder aufkeimende Fremdenfeindlichkeit.

Daß die dänische Volksgruppe in Südschleswig auch in Kopenhagen unverändert

hohen Stellenwert genießt, bekräftigte Dänemarks Parlamentspräsident Ivar Hansen. Er sehe es als eine seiner Aufgaben an, die Verbindungen des im Frühjahr neugewählten Folketing „zum Dänentum südlich der Grenze auszubauen“. Der Liberale bescheinigte der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein, „Vorbild für den Rest Europas zu sein.“

Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz attestierte der Minderheit in seiner auf dänisch gehaltenen Rede, an Kraft gewonnen zu haben. Das sei erneut durch die Stimmenzuwächse bei der Kommunalwahl im März zum Ausdruck gekommen. Dazu gratulierte Sozialdemokrat Dielewicz und meinte, zu dem Ergebnis habe das erstmalige Stimmrecht dänischer in Flensburg lebender Staatsbürger beigetragen – „ein wichtiger Schritt zu europäischer Normalität“. Der Oberbürgermeister würdigte die wichtige Rolle der dänischen Volksgruppe beim Zustandekommen des Besuchs von Königin Margrethe und Bundespräsident Roman Herzog in Flensburg am 20. Juli. Beide Staatsoberhäupter kämen „gerade auch, um mit der dänischen Minderheit bei uns und der deutschen Minderheit nördlich der Grenze Gespräche zu führen“. Dielewicz ging auf die Verärgerung ein, die die Terminkollision des grenzüberschreitenden Volksfestes „Ochsentour“ mit dem „Årsmøde“ in der Minderheit ausgelöst hatte. Die Einladung zur „Ochsentour“ habe Stadtpräsident Peter Rautenberg und ihn „nicht zweifeln lassen, daß unser Platz heute beim Årsmøde ist“. Allerdings hatte ein Wolkenbruch die Besucherzahl zu diesem Zeitpunkt von 9000 auf 400 reduziert.

Flensburger Tageblatt, 8.6.1998

Vorankündigung: Exkursion des Grenzfriedensbundes nach Husum

Die diesjährige Fahrt des Grenzfriedensbundes führt nach Husum. Unter der Führung des zweiten Vorsitzenden Dr. Ulf von Hielmcrone, der ein genauer Kenner der Architektur seiner Vaterstadt ist, werden die baulichen Zeugnisse der verschiedenen staatlichen Epochen besichtigt werden, die unser Land – und damit auch die Stadt Husum – geprägt haben: die Zeit der Gottorfer, die des dänischen Gesamtstaates, die Preußens und des deutschen Kaiserreiches. Wie in keiner anderen Stadt der „Herzogtümer“ liegen ausdrucksstarke Bauwerke der verschiedenen Zeiten auf so engem Raum beieinander.

Am Marktplatz der Stormstadt steht das Rathaus von 1601 neben der Stadtresidenz Herzog Friedrichs, dem „Herrenhaus“. Die klassizistische Marienkirche wurde von Christian Frederik Hansen gebaut, dessen Vater aus Husum stammte, sie repräsentiert den Gesamtstaat, während der Tinebrunnen vor der Kirche von Adolf Brütt geschaffen wurde, der, ebenfalls aus Husum

gebürtig, ein bedeutender Bildhauer der Kaiserzeit war und vor allem in Berlin wirkte. Ganz in der Nähe des Marktplatzes finden wir das Alte Gymnasium der „Grauen Stadt am Meer“, das von der preußischen Regierung bereits 1867 gebaut wurde und dessen Architektur ein Stück subtiler architektonischer Propaganda darstellt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Ausflugs ist das Schloß vor Husum als eine der bedeutenden Residenzen der Gottorfer mit enger Beziehung zum dänischen Königshaus. Noch heute kann sowohl die Zeit der Gottorfer wie die des Gesamtstaates nachempfunden werden, während auf dem nahe gelegenen Westfriedhof die Gräber und Denkmäler des Krieges 1848-1850 das Ende des Gesamtstaates markieren.

Ein Blick auf den Klosterfriedhof mit dem Grab Theodor Storms wird ebenfalls möglich sein, weil das Mittagessen im Handwerkerhaus vorgesehen ist, während wir zum Kaffeetrinken in die Gaststätte „Arlau-Schleuse“ fahren, die mitten im „Schimmelreiter-Koog“ liegt.

Die Fahrt findet Ende August/Anfang September statt. Einladungen ergehen rechtzeitig.